



„... das grausige und beschämende Bild dessen, was gestern noch Wirklichkeit war“

Zur antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen!“ in Innsbruck im August 1947

GISELA HORMAYR

Die Entscheidung fiel in den letzten Kriegstagen im April 1945: Eine großangelegte antifaschistische Schau sollte die Bevölkerung über Geschichte und Verbrechen des Nationalsozialismus aufklären. Ihr wichtigster Initiator war der Wiener Kulturstadtrat Viktor Matejka, ein Überlebender der Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg. Der Arbeitsgruppe gehörten namhafte Künstler, Graphiker, Schriftsteller und Journalisten an, die bald zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Planung und Finanzierung des Vorhabens nicht ohne politische Einflussnahme möglich war. Sie bewirkte langwierige Auseinandersetzungen über den Titel und die Frage der Einbeziehung der Jahre von 1934 bis 1938, in deren Verlauf die ÖVP zu keinem Kompromiss bereit war.¹ Die Ausstellung wurde schließlich am 14. September 1946 im Wiener Künstlerhaus eröffnet. Großflächige Collagen, Schaubilder, Texte und Aufrufe thematisierten den Aufstieg der NSDAP, die Vorbereitung des Kriegs, Verfolgung und Widerstand. Breiten Raum erhielt die Darstellung des Wiederaufbaus nach 1945, verbunden mit dem Appell an den Einzelnen, Verantwortung für eine künftige friedliche Weltordnung zu übernehmen.

Antifaschismus in der Provinz

Die Idee einer „Wanderausstellung“ in den Landeshauptstädten war bald nach Beginn der Vorbereitungsarbeiten in Wien 1945 aufgetaucht, Anfragen aus Linz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz lagen vor, auch Salzburg war im Gespräch. Sie sollte, in abgeänderter Form, anschließend im Ausland gezeigt werden und dort dazu beitragen, das Ansehen Österreichs wiederherzustellen.² Am Ende blieben jedoch außerhalb Wiens nur Innsbruck und Linz. Die Gründe für das Scheitern der Ausstel-

lungsplanungen in den Bundesländern waren vielfältig. Angesichts der parteipolitischen Auseinandersetzungen in Wien im Vorfeld der Ausstellung ist davon auszugehen, dass Vorbehalte politischer Natur eine wesentliche Rolle spielten. Die hohen Kosten, in der Nachkriegszeit nur schwer zu beschaffende Materialien (wie Papier für den Druck der Kataloge) und das Fehlen geeigneter Ausstellungsräume mögen die Entscheidung für eine Absage erleichtert haben. In Bregenz, vorgesehen als erste Station der Schau, erfolgte diese Absage gar erst wenige Tage vor der Eröffnung. Sie war für den 10. Juli 1947 angekündigt und sollte in der Bundesgewerbeschule stattfinden. Ein einstimmiger Beschluss der provisorischen Stadtvertretung war bereits am 5. November 1946 erfolgt.³ Auch die Zusage einer Subvention durch die Landesregierung lag vor, allerdings nur bis zu einer Höhe von 5.000 Schilling.⁴ Die Stadt ihrerseits war lediglich bereit, ein Drittel des erwarteten Defizits von 15.000 Schilling zu übernehmen.⁵ Am 24. Juni 1947 beauftragte schließlich der Stadtrat das Amt für Fremdenverkehr (!), Verhandlungen mit der Landesregierung, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft aufzunehmen, um zu einem späteren Zeitpunkt doch noch die Ausstellung zeigen zu können.⁶ Offenbar kursierten rund um die kurzfristige Verschiebung Gerüchte in der Stadt, denen die sozialistische Tageszeitung *Vorarlberger Volkswille* mit einer Klarstellung entgegentrat. Die Verantwortlichen hätten erst Anfang Juli erfahren, dass der geplante Zeitraum sich mit dem für Innsbruck fixierten Termin überschneide und die ursprüngliche Kostenberechnung überholt sei. Die Stadt habe daher gezwungenermaßen vorläufig auf die Veranstaltung verzichtet, was bedauerlich wäre, weil die Schau bestens geeignet sei, „das unselige Erbe des

Nationalsozialismus aus den Geistern unserer Mitbürger auszurotten.“⁷ Woran die Verhandlungen schließlich scheiterten, ist nicht dokumentiert – die Ausstellung gelangte nie nach Bregenz.

Auch in Klagenfurt hatte am 6. November 1946 ein Ausschuss getagt, der die Organisation der Ausstellung übernehmen sollte, auch hier blieb es bei der Ankündigung.⁸ In Graz waren die Bemühungen Viktor Matejkas jedenfalls auf offene Ablehnung gestoßen. Die Arbeiterkammer weigerte sich, die für die Schau vorgesehenen Grazer Kammersäle zur Verfügung zu stellen, und der in die Planung eingebundene Volksbildungsreferent Franz Maria Kapfhammer erklärte sich für überlastet. Für eine „polemische“ Ausstellung könne er keinerlei Arbeit übernehmen. Die Form der Ausstellung sei außerdem nicht mehr „zeitgemäß“. Persönlich würde er statt dessen eine Ausstellung „Endlich einmal alles vergessen“ sehr begrüßen.⁹

Erste Station: Innsbruck

In Innsbruck waren derartige Diskussionen, wie es scheint, ausgeblieben. Am 16. Mai 1947 beschloss der Stadtrat, die Ausfallhaftung für die Ausstellung zur Hälfte zu übernehmen und beim Aufbau technische Hilfe durch das Stadtbauamt zur Verfügung zu stellen. Für die Vorarbeiten wurde außerdem im Juni ein Kredit von 20.000 Schilling bewilligt.¹⁰ Als nominelle Veranstalter traten die Tiroler Landesregierung und die Stadtgemeinde Innsbruck auf, einem „Politischen Beirat“ gehörten je zwei Mitglieder von ÖVP, SPÖ und KPÖ an, von denen einige den Terror des NS-Regimes aus eigenem Erleben kannten.¹¹ Bürgermeister Anton Melzer von der ÖVP, Kriegsversehrter des Ersten Weltkriegs, hatte zwei Jahre im Innsbrucker Arbeitserziehungslager Reichenau überlebt. Im Herbst 1944 war dort auch der Sozialdemokrat



Edwin Tangl (1912–1990), Hauptorganisator der Innsbrucker Ausstellung.

Franz Hüttenberger für drei Monate interniert, eingeliefert durch die Gestapo Innsbruck im Rahmen der nach dem Hitlerattentat einsetzenden Verhaftungswelle. Stefan Benkovic, Chefredakteur der von der KPÖ herausgegebenen *Tiroler Neuen Zeitung*, war bereits vor dem „Anschluss“ mehrmals in Haft und 1938 nach Norwegen und Schweden geflüchtet, wo er sich im Exilwiderstand engagierte. Landeshauptmann Alfons Weißgatterer hingegen hatte sich mit dem NS-Regime arrangiert und um Aufnahme in die NSDAP angesucht. Zum Zeitpunkt der Ausstellungsplanung im Frühjahr 1947 war er mit parteiinterner Kritik und Rücktrittsforderungen konfrontiert, weil eine Reihe ehemaliger Nationalsozialisten im Amt der Landesregierung beschäftigt waren.¹² Hauptverantwortlich für die Organisation zeichnete Edwin Tangl, wie Matejka deportiert in die Konzentrationslager Flossenbürg und Dachau, unterstützt vom Obmann des Bundes der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung Alfons Marincovich, seinem Stellvertreter Romed Bucher und seiner Stellvertreterin Adele Obermayr. Auch sie hatten nur durch glückliche Umstände die jahrelange Verfolgung und Inhaftierung überlebt.

Marincovich war als Offizier des österreichischen Bundesheers 1938 pensioniert worden und wegen seiner Beteiligung an einer legitimistischen Widerstandsgruppe von November 1938 bis zum Kriegsende im Konzentrationslager Buchenwald interniert. Bucher, im März 1938 nach dem Besuch der Internationalen Lenin-Schule in Moskau nach Österreich zurückgekehrt, verbrachte die ge-

samte NS-Zeit als politischer Häftling in Gestapo- und Lagerhaft. Die Sozialdemokratin Adele Obermayr wurde ab Ende Mai 1942 in 18 verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten, aus denen sie nach der Befreiung im Jahr 1945 mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen zurückkehrte.

Ausstellungsort war das etwas abseits des Stadtzentrums gelegene Gebäude der Innsbrucker Handelsakademie. Teile des Ausstellungskatalogs wurden, wohl aus Kostengründen, aus Wien übernommen, mit dem bekannten Plakat Victor Slamas als Motiv der Umschlagseite.¹³ Auf der ersten Innenseite findet sich eine Widmung („Den Tiroler Opfern für ein freies, demokratisches Österreich“), darüber die Abbildung eines marmornen Christuskopfes des Südtiroler Bildhauers Franz Santifaller. Werke Santifallers waren auch in der Abteilung „Antifaschismus in der Bildenden Kunst“ im ersten Stock des Künstlerhauses in Wien ausgestellt worden. Rund um die Auswahl der Kunstwerke für diesen Teil der Ausstellung hatte es nicht an Interventionen gefehlt. Die Teilnahme stand allen Interessierten offen und am Ende kamen auch belastete Künstler zum Zug, die sich um die Aufnahme eigener Werke bemüht hatten.¹⁴ Santifaller war kein Künstler im Dienst der NS-Propaganda – gleichwohl ein von den Nationalsozialisten geschätzter Bildhauer, der Auftragsarbeiten wie die Gestaltung einer Büste von Reichsorganisationsleiter Robert Ley übernahm.¹⁵

Die nächste Seite informierte über die Verantwortlichen der Ausstellung in Innsbruck, das Geleitwort stammte von Alfons Marincovich. Dem während der Vorbereitungsarbeiten in Wien 1945 und 1946 mit Mühe hergestellten Parteikonsens folgend, vermied auch er jeden Hinweis auf die Zeit des Austrofaschismus, die Massenbegeisterung beim „Anschluss“ im März 1938 und die Mitverantwortung Österreichs. Der Konfrontation der Jugend mit der Realität des Unrechtsregimes, wie sie Marincovich als Zweck der Ausstellung hervorhob, war allerdings der Zeitpunkt ihrer Abwicklung in den Schulferien kaum förderlich. Die Finanzierung von 8.000 Exemplaren des Katalogs konnte mit Hilfe einer Reihe von Inseraten von Tiroler Firmen sichergestellt werden. Landesweit informierten 3.000 Plakate über die Schau, dazu kamen Ankündigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln und Diapositive in allen Tiroler Kinos.¹⁶



Sujet von Hans Kothmair (1906–1971) im Ausstellungskatalog Innsbruck.

Mittlerweile war auch das von Viktor Matejka und Victor Slama herausgegebene Gedenkbuch zur Ausstellung erschienen, für das mit einem zusätzlichen Plakat geworben wurde. Als „Buch der Anklage, Mahnung und Verpflichtung“ sollte es im In- und Ausland die Überwindung des Nationalsozialismus in Österreich dokumentieren.¹⁷

Reaktionen der Medien

Wie schon in Wien und später in Linz konnte die in einem Wettbewerb ausgewählte Briefmarkenserie zur Ausstellung in einem Sonderpostamt erworben werden. Der Erlös aus dem aufgedruckten Zusatzwert sollte ebenso wie ein Großteil des Erlöses der Eintrittskarten den Opfern der NS-Verfolgung zugutekommen.¹⁸ Vertreter der Tiroler Presse wurden vorab zu einem Rundgang durch die Ausstellung geladen. Am 31. Juli erschienen ausführliche Besprechungen in der kommunistischen *Tiroler Neuen Zeitung* und der sozialistischen *Volkszeitung*: Die Ausstellung vermittele das „grausige wie beschämende Bild dessen, was gestern noch Wirklichkeit war“. Jeder und jede möge durch den Besuch zur Erkenntnis der eigenen Mitschuld an der Realität des Faschismus kommen. Nur so bestehe Hoffnung auf den „Bau einer besseren Zukunft.“ Die *Tiroler Tageszeitung* informierte ihre Leserschaft in einem kürzeren Artikel, verzichtete aber, offenbar eine Entscheidung von Chefredakteur Anton Klotz, auf weitere Berichte.¹⁹ Die für die Reise durch die Bundesländer konzipierte Version folgte in ihrem Aufbau weitgehend

den Vorgaben aus Wien. Übernommen wurde auch eine Auswahl von Werken antifaschistischer Künstler, die jedoch in den Presseberichten wenig Beachtung fand. Der Kufsteiner Graphiker Harald Pickert, von 1938 bis 1945 als NS-Gegner in verschiedenen Konzentrationslagern interniert, hatte in Wien Blätter aus der in den Wochen nach der Befreiung im KZ Dachau entstandenen Sammlung „Pestbeulen Europas“ zeigen können.²⁰ Sein Name scheint im Innsbrucker Katalog nicht auf und es ist unklar, ob die Arbeiten des bereits vor 1938 anerkannten und von den Nationalsozialisten verfolgten heimischen Künstlers einbezogen wurden.²¹

Vergessen in Tirol?

In einem wesentlichen Bereich unterschied sich die Planung Edwin Tangls von jener des Linzer Organisationsteams: Die Herstellung eines regionalen Bezugs war dort ein besonderes Anliegen, das schließlich in einer „Sonderschau Oberösterreich“ umgesetzt wurde. Weder im Innsbrucker Katalog noch in den Presseberichten findet sich ein Hinweis auf eine vergleichbare Darstellung der Geschichte Tirols in der NS-Zeit, etwa die in Innsbruck besonders grausam verlaufene Pogromnacht im November 1938.²² Es war ein Thema, an das offensichtlich nicht gerührt werden sollte: Der Ausstellungsbereich „Judenverfolgung – Judenvernichtung“ ist der einzige Teil der Wiener Ausstellung, der nicht gezeigt wurde. Auf ein Rahmenprogramm in Form einer Vortragsreihe, wie sie in Wien von Oktober bis Dezember die Ausstellung begleitete, wurde ebenfalls verzichtet. Überlebende der Verfolgung wie Rosa Jochmann hatten über ihre Erlebnisse gesprochen, die Veranstaltungen waren außerordentlich gut besucht.

Verzichtet wurde in Innsbruck auch auf die Verteilung von Fragebögen an die Besucherinnen und Besucher und auf die direkte Kontaktaufnahme mit registrierten NSDAP-Mitgliedern, die man in Wien brieflich aufgefordert hatte, die Schau zu besuchen. Zur Aufführung in den Kammerlichtspielen gelangten hingegen die von den Alliierten hergestellten Filmdokumente zu den NS-Verbrechern. „Das Gericht der Völker“ war ein sowjetischer Dokumentarfilm über die Nürnberger Prozesse, uraufgeführt in Deutschland im März 1947. Zwei weitere sowjetische Produktionen zeigten Aufnahmen aus den Konzentrationslagern Auschwitz und Majdanek, ergänzt

durch den bereits 1945 entstandenen amerikanischen Kurzfilm „Todesmühlen“ („Death Mills“).²³ Zu sehen war schließlich der erste deutsche Spielfilm der Nachkriegszeit, „Die Mörder sind unter uns“ (Regie: Wolfgang Staudte) mit Hildegard Knef in der Hauptrolle. Er thematisierte, was viele aus eigenem Erleben kannten: die Geschichte derer, die ohne Skrupel allen Befehlen der nationalsozialistischen Machthaber folgten, und die, ihrer Schuldlosigkeit gewiss, nach 1945 erfolgreich in ein „normales“ Leben zurückkehrten.²⁴ Edwin Tangel schätzte, dass annähernd 6.000 Menschen die verschiedenen Kinovorführungen besucht hatten.

Die Filme waren nicht die erste Konfrontation der Tiroler Bevölkerung mit der Realität der Vernichtungslager. Bereits im September 1945 hatte die französische Militärregierung in der Bezirkshauptstadt Schwaz die Ausstellung „K.Z. Greuel unter Hitlerdeutschland“ organisiert. Die Wahl des Ortes war kein Zufall: In Schwaz befand sich das Lager „Oradour“, in dem bis Ende 1946 registrierte NationalsozialistInnen sowie Angehörige von SA, SS und Waffen-SS interniert waren – unter „menschwürdigen Bedingungen“, wie offizielle Stellen betonten.²⁵ Bürgermeister Karl Psenner hatte im Auftrag der französischen Militärregierung den Bezirkshauptmann, die Gemeinderatsmitglieder, die Schuldirektoren der Stadt und den Guardian des Franziskanerordens eingeladen.²⁶ Ziel der Ausstellung sei es, so der Vertreter der Militärbehörde anlässlich der Eröffnung, die Anklage gegen das verbrecherische NS-Regime mit unwiderlegbaren Fakten zu untermauern und der Bevölkerung den Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu ermöglichen.

Die Wahl der Ausstellungsräume durch die Besatzungsmacht war auf den Kindergarten gefallen, der, zum Ärger der Stadtgemeinde, für zwei Monate nicht zur Verfügung stand.²⁷ Ende Oktober 1945 wurde, ebenfalls auf französi-

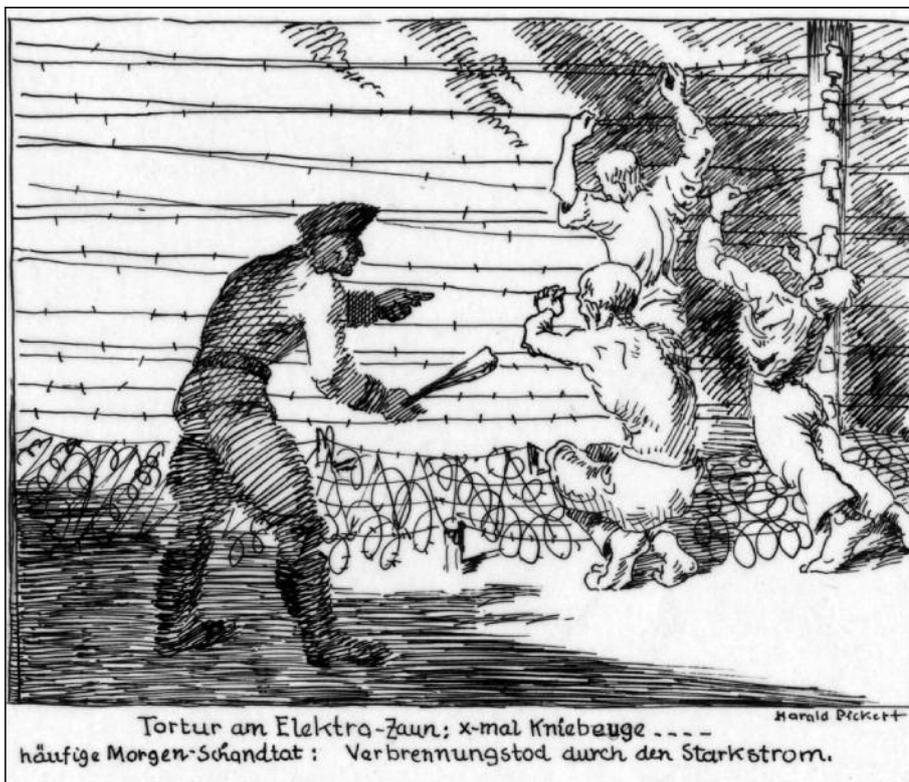


Plakatentwurf für den Verkauf des Begleitbands zur Ausstellung (Stadtarchiv Innsbruck).

sche Initiative, in Innsbruck die Dokumentation „Les camps de la mort“ mit deutschem Kommentar vorgeführt.²⁸ Sie zeigte erschütternde Aufnahmen, die kurz nach der Befreiung in acht verschiedenen Konzentrationslagern entstanden. Anlässlich der Veranstaltung sprach Alfons Marinovich über seine fast sieben Jahre währende Haft im Konzentrationslager Buchenwald. Den verpflichtenden Besuch derartiger Filmdokumente für alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder, wie er in Deutschland im Winter 1945/46 aus Anlass der Vorführung der „Todesmühlen“ diskutiert worden war,²⁹ lehnte die französische Besatzungsmacht in Tirol und Vorarlberg grundsätzlich ab, überließ die Entscheidung jedoch den Tiroler Behörden. Am 18. August 1947 meldete die *Tiroler Neue Zeitung* unter der Überschrift „Empfehlenswerte Exkursion“, dass die im Landesgericht Innsbruck und im Lager Reichenau inhaftierten NationalsozialistInnen „geschlossen“ zu einer Vorführung der im Rahmen der Ausstellung gezeigten KZ-Filme geführt wurden.³⁰

Kritik an Inhalten und Durchführung

Die offizielle Eröffnung der Ausstellung in Innsbruck am 1. August 1947 erfolgte nicht durch Landeshauptmann



Blatt 10 aus dem Zyklus „Pestbeulen Europas“ von Harald Pickert (1901–1983)

Alfons Weißgatterer, sondern durch seinen Stellvertreter Hans Gamper und Alfons Marinovich, in Anwesenheit einer Delegation der französischen Militärregierung. Die *Volkszeitung* berichtete am 12. August 1947 erneut in einem längeren Artikel und nahm auch die in Wien längst abgehandelte Kontroverse um eine Einbeziehung der austrofaschistischen Diktatur auf: „Glaubt man wirklich, vier lange Jahre einfach aus der Geschichte unseres Landes streichen zu können? Oder ist man gar der Meinung, daß das Verschweigen dieser Epoche für die zweite Republik nützlich sei?“³¹ „Niemals vergessen“ sei nicht nur ein Appell zur Erinnerung an die NS-Diktatur, in Erinnerung rufen müsse man auch, wie dieser Diktatur in Österreich vor 1938 der Weg bereitet worden sei. Auf gänzlich anderer Ebene bewegte sich die Kritik an den Vorgängen rund um die Ausstellung. Den Besucherinnen und Besuchern wurden kostenlos Wein und Zigaretten angeboten und man beobachtete nicht wenige, die sich, anscheinend ohne jedes Interesse an der Ausstellung, direkt zum Buffet begaben und einen schwunghaften Handel mit den Tabak- und Weincoupons organisierten. Dabei handle es sich um eine „Profanierung“ der Veranstaltung – nicht alle Mittel seien geeignet, BesucherInnen anzulocken.³²

Ein Kommentator der *Tiroler Bauernzeitung*, der die Geschichte aufgriff, er-

blickte in derartigem Verhalten ein beklagenswertes Beispiel für die im Land verbreitete Feierlaune, die angesichts der prekären Lebensumstände weiter Kreise der Bevölkerung völlig unangebracht sei.³³ Aus Aufzeichnungen Edwin Tangls geht allerdings hervor, dass die Idee eines Buffets von ihm selbst stammte und der finanziellen Absicherung der Ausstellung dienen sollte. Der Politische Beirat hatte zugestimmt, die Umsetzung erfolgte mit Unterstützung von Mitgliedern der Bundesregierung, die Tangl zu diesem Zweck aufgesucht hatte. Sie vermittelten den Ankauf von Wein zu günstigen Bedingungen und den Kontakt zur Austria AG, die Zigaretten zur Abgabe ohne Bezugschein lieferte.³⁴ Kritik in der Presse löste schließlich auch die Einhebung einer Vergnügungssteuer von 20 Prozent durch die Stadt Innsbruck aus, unangebracht im Fall einer Ausstellung, die „moralisch-kulturelle“ Ziele verfolgte.³⁵

Positiv vermerkt wurde hingegen das lebhaftere Interesse von Tiroler Betrieben an Sonderführungen, die der Österreichische Gewerkschaftsbund angeregt hatte und an denen mehrere Hundert Interessierte teilnahmen. Insgesamt besuchten 40.676 TirolerInnen die Ausstellung – Organisator Edwin Tangl war mehr als zufrieden. Ob Kommentare der BesucherInnen in irgendeiner Form erhoben wurden, geht aus seinem abschließenden Bericht nicht hervor.³⁶ Darin wurden ledig-

lich zwei Anregungen erwähnt: der Ankauf der Plastik von Franz Santifaller und der Wunsch einer größeren Anzahl von InnsbruckerInnen, einen offenbar für die Ausstellung produzierten Stadtplan mit den eingezeichneten Bombentrichtern zum Verkauf anzubieten.

„Wir alle sind schuldig“: Dieses Leitmotiv, das Anfang und Ende des Rundgangs durch die Schau bestimmte, dürfte damals kaum auf allgemeine Zustimmung gestoßen sein. Dass die Ausstellung überhaupt stattfinden konnte, war dem Einsatz von Edwin Tangl und dem Bund der Opfer zu verdanken. Sie verschafften sich politische Unterstützung, die mit der erwähnten Ausnahme von Linz in anderen Landeshauptstädten zwei Jahre nach Kriegsende nicht mehr zu finden war.

Anmerkungen:

1/ Zur Vorgeschichte der Ausstellung vgl. Wolfgang Kos: Die Schau mit dem Hammer. Zur Planung, Ideologie und Gestaltung der antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen!“, in: ders.: Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945. Wien: Sonderzahl 21995 und Heidrun-Ulrike Wenzel: Vergessen? Niemals! Die antifaschistische Ausstellung im Wiener Künstlerhaus 1946. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag 2018. Der vor allem von der ÖVP favorisierte Titel „Die braune Pest“ wurde erst nach langen Debatten fallengelassen. Der vorliegende Beitrag ist auch im Gaismair-Jahrbuch 2022 (hg. von Horst Schreiber und Elisabeth Hussl) erschienen.

2/ *Wiener Zeitung*, 26.11.1946, S. 4.

3/ Stadtarchiv Bregenz, Protokoll der 46. Sitzung der provisorischen Stadtregierung am 5.11.1946, Top 1. Ich danke Thomas Klagian für die Recherchen.

4/ *Vorarlberger Nachrichten*, 26.6.1947, S. 2. Von der Zusage einer Übernahme des voraussichtlichen Defizits von 5.000 Schilling hatte der Gemeinderat Bregenz seine Zustimmung zum Vertragsabschluss mit der Ausstellungsorganisation in Wien abhängig gemacht (*Vorarlberger Nachrichten*, 21.6.1947, S. 2).

5/ Stadtarchiv Bregenz, Protokoll der Sitzungen des Stadtrats am 17.6.1947, Top 1 und der Provisorischen Stadtvertretung am 20.6.1947.

6/ Stadtarchiv Bregenz, Protokoll der Sitzung des Stadtrats am 24.6.1947, Top 5.

7/ *Vorarlberger Volkswille*, 11.7.1947, S. 4. Wer für die Terminkollision mit Innsbruck und die (plötzlich?) unzutreffende Kostenberechnung verantwortlich war, ist dem Artikel nicht zu entnehmen.

8/ *Vorarlberger Volkswille*, 7.11.1946, S. 5 und 1.12.1946, S. 5.

9/ Steiermärkisches Landesarchiv, 6–373/I A 1/1–1947, zit. nach: Alois Sillaber: „Nicht rot und

nicht schwarz, sondern weiss-grün ist die Losung!“. Kulturpolitik in der Steiermark zwischen 1945 und 1960. Graz: dbv-Verlag 1999 (Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz, Bd. 114), S. 37f. Ich danke Heimo Halbrainer für den Hinweis.

10/ Protokolle der Stadtratssitzungen am 16.5.1947, Top 42 und 16.6.1947, Top 20. Die andere Hälfte der Ausfallhaftung übernahm das Land.
11/ ÖVP: Alfons Weißgatterer und Anton Melzer, SPÖ: Hans Flöckinger und Franz Hüttenberger, KPÖ: Felix Pettau und Stefan Benkovic.

12/ Michael Gehler: Die Volkspartei in Tirol 1945–1994, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.): Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1995 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 2), S. 645–700, hier S. 654. In den letzten Kriegswochen hatte sich Weißgatterer dann der Widerstandsbewegung um Karl Gruber angeschlossen.

13/ Edwin Tangl (Hg.): Niemals vergessen. Katalog zur antifaschistischen Ausstellung. Innsbruck 1947.

14/ Auskunft von Wolfgang Kos vom 27.1.2017.

15/ *Bergland*, Jg. 1941, Nr. 7/8, S. 7–10. („Zweifelloso gehört Franz Santifaller zu den wenigen Bildhauern, die berufen sind, dem großen Wollen unserer Tage den angemessenen künstlerischen Ausdruck zu verleihen.“)

16/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 19.309, Abschließender Bericht über die Ausstellung „Niemals vergessen!“ von Edwin Tangl, 11.9.1947.

17/ Victor Slama/Viktor Matejka (Hg.): Niemals vergessen! Ein Buch der Anklage, Mahnung und Verpflichtung, hg. von der Gemeinde Wien, Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung. Wien: Verlag für Jugend und Volk 1946.

18/ Kos: Die Schau mit dem Hammer, S. 25.

19/ *Volkszeitung*, 31.7.1947, S. 3; *Tiroler Neue Zeitung*, 31.7.1947, S. 3; *Tiroler Tageszeitung*, 31.7.1947, S. 3. Die Wochenzeitung *Der Volksbote* berichtete am 7.8.1947, S. 3. Tangl erwähnt das Eingreifen des „KZlers“ Klotz in seinem Abschlussbericht (wie Anm. 16) ohne Erklärung. Anton Klotz (1889–1961) war als Anhänger des Ständestaats von September 1938 bis Mai 1941 im KZ Buchenwald interniert.

20/ *Volkszeitung*, 24.10.1946, S. 4.

21/ Die Arbeiten Pickerts waren allerdings im Februar 1947 im Rahmen einer ebenfalls vom Bund der Opfer mitverantworteten Verkaufsaus-

stellung im Innsbrucker Kunstsalon Czichna gezeigt worden. *Bote für Tirol*, Nr. 17, 30.4.1948, S. 5 und Hans Gamper (Hg.): Katalog zur Sonderausstellung im Kunstsalon C. A. Czichna. Innsbruck, 6.2.–28.2.1947.

22/ Siehe Peter März: Niemals vergessen. Eine Wanderausstellung macht Station in Linz, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 1, S. 16–18, hier S. 17, zum Inhalt der „Sonderschau Oberösterreich“.

23/ DÖW 19.309, Bericht von Edwin Tangl, S. 2. „Death Mills“ zeigt Aufnahmen von der Befreiung deutscher Konzentrationslager im Frühjahr/Sommer 1945, online abrufbar unter <https://archive.org/details/DeathMills> [18.1.2021]. Die Dokumentation wurde auch im Rahmen einer Sondervorführung für die Gewerkschaftsjugend verwendet.

24/ *Volkszeitung*, 31.7.1947, S. 3; *Tiroler Neue Zeitung*, 1.8.1947, S. 3.

25/ *Landhauskorrespondenz*, Nr. 83, 17.9.1945 und ausführlich *Tiroler Tageszeitung*, 18.9.1945, S. 2. Im französischen Oradour-sur-Glane hatte die Waffen-SS am 10.6.1944 ein Massaker mit 642 Opfern unter der Zivilbevölkerung verübt.

26/ Der Erhalt der Einladung für die Eröffnung am 16.9.1945 war durch Unterschrift zu bestätigen. Kommunalarchiv Schwaz, Besatzung, 1945, 0916.

27/ Kommunalarchiv Schwaz, Tätigkeitsbericht von Karl Psenner, Jänner 1946, 6. Der Kindergarten konnte erst im Jänner 1946 wiedereröffnet werden.

28/ Klaus Eisterer: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46. Innsbruck: Haymon 1991 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), S. 285. Der Film wurde auch in Schwaz gezeigt und vom Publikum mit „tiefer Entrüstung und beklommenem Schweigen“ aufgenommen (*Volkszeitung*, 18.12.1945, S. 3). Ob Vorführungen in anderen Bezirken



Der vom französischen Widerstandskämpfer Pierre Hudelot (1912–1979) porträtierte Mithäftling Edwin Tangl (abgedruckt im Ausstellungskatalog Innsbruck).

Tirols stattfanden, konnte nicht geklärt werden. Die Dokumentation ist abrufbar unter <https://www.ina.fr/video/AFE00000275> [10.1.2021].
29/ Brewster S. Chamberlin: Todesmühlen. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung“ im besetzten Deutschland 1945–1946, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 29. Jg. (1981), Nr. 3, S. 420–436, hier S. 431.

30/ *Tiroler Neue Zeitung*, 18.8.1947, S. 2. Weit aus energischer war die Vorgangsweise in Kärnten. Durch einen Beschluss der Landesregierung waren alle registrierungspflichtigen ehemaligen NationalsozialistInnen aus Kärnten verpflichtet, an einer Vorführung der „Todesmühlen“ teilzunehmen. Geldstrafen und der Einsatz bei Aufräumungsarbeiten wurden angedroht, sollte der Filmbesuch nicht nachgewiesen werden können. *Österreichische Zeitung*, 4.5.1946, S. 6.

31/ *Volkszeitung*, 12.8.1947, S. 3.

32/ Ebd.

33/ *Tiroler Bauernzeitung*, 28.8.1947, S. 1-2.

34/ DÖW 19.309, Bericht von Edwin Tangl, S. 1 und DÖW 22.505/73, Schreiben der Austria Tabakwerke, 9.7.1947.

35/ DÖW 19.309, Bericht von Edwin Tangl, S. 4; *Tiroler Neue Zeitung*, 28.8.1947, S. 4.

36/ Ebd., S. 3.



Otto Felix Kanitz

Zur Aktualität seiner Erziehungskritik und seines sozialistischen Erziehungsmodells

ARMIN BERNHARD

Der 1894 als Sohn eines Wiener Rechtsanwalts geborene Sozialist Otto Felix Kanitz war einer der bedeutendsten Pädagogen und Erziehungspolitiker der Ersten Republik. Eine seiner wichtigsten Wirkungsstätten war die Schönbrunner Erziehungsschule, eine von den Kinderfreunden nach dem Zusammenbruch der Monarchie gegründete und im November 1919 offiziell eröffnete Einrichtung, die sich der Schul- und auch der politischen Bildung von 15- bis 18-jährigen Jugendlichen aus der ArbeiterInnenklasse widmete. Kanitz, zu diesem Zeitpunkt selbst erst 25 Jahre alt und pädagogischer Referent der Kinderfreunde, wurde die Leitung der Einrichtung übertragen, obwohl er noch nicht einmal sein Studium abgeschlossen hatte. Das im Kreis der Schönbrunner Pädagoginnen und Pädagogen (darunter Hermine Weinreb, Anton Tesarek, Jenny Adler, Max Adler, Hans Anderfuhren, Marianne Pollak, Hans Mandl, Alfred Adler und Gerda Kautzky-Brunn) entwickelte Erziehungsmodell war eine kreative und zugleich äußerst mutige Antwort auf die dramatisch prekäre Lage von Kindern aus der Arbeiterklasse, eine Antwort auf die, wie es Kanitz in seinen „Studien zur Sozialisation“ bezeichnet hat, „doppelte Bedrückung“ des proletarischen Kindes in der bürgerlichen Gesellschaft:¹ die verheerenden Auswirkungen, die Militarismus, kapitalistisches Konkurrenzprinzip und patriarchalische Unterdrückungsstrukturen auf das Zusammenleben der Menschen ausüben.

In diesem Beitrag möchte ich nicht nur die historische Bedeutung von Kanitz und seines Erziehungsmodells aufzeigen, sondern auch deutlich machen, warum es auch in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft immer noch Aktualität besitzt.

Nicht nur für die bürgerlich-konventionelle, sondern auch für die Kritische Pädagogik der BRD gilt die beschämende Tatsache, dass sozialistische Erziehungsmodelle kaum konzeptionell in ihre Theoriebildung eingeflossen sind, obwohl die politische Verwandtschaft dies nahegelegt hätte. Die Ansätze von Otto Felix Kanitz wurden in der bundesdeutschen Erziehungs- und Bildungsgeschichte nur in dem kurzen Zeitfenster

von 1967/68 wahrgenommen, in dem emanzipatorische Bewegungen das in der sozialistischen Pädagogik zentrale Element der Antiautorität auf die gesellschaftspolitische Agenda setzten. Im Unterschied zu den praktischen Bemühungen um eine repressionsfreie Erziehung blieb die theoretische Auseinandersetzung mit den Klassikerinnen und Klassikern sozialistischer Pädagogik marginal. Die neu entstehende Kritische Pädagogik an den Hochschulen, aus einer geisteswissenschaftlichen Tradition entstanden, hütete sich mit wenigen Ausnahmen davor, sich auf sozialistische Modelle zu berufen – im Westdeutschland des Kalten Krieges wirkten politischer Konformitätsdruck und innere Zensur weit stärker als in anderen Ländern wie etwa Frankreich oder Italien, wo die Theorie des historischen Materialismus breit rezipiert werden konnte.

Auch aus diesem Grund blieb die Kritische Pädagogik der Frankfurter Schule weit hinter den sozialistischen Erziehungsmodellen zurück und verharrte in einer bloßen Kritik an bürgerlich-konventionellen und durch den Nationalsozialismus kontaminierten Modellen. Die Sozialistische Pädagogik hingegen sah sich nicht nur als kritisch-theoretische, sondern auch als Handlungswissenschaft, die Perspektiven für die Praxis entwerfen und ihre Prinzipien im Erziehungsalltag erproben wollte.

Genau darin liegt auch ihre politische Bedeutung heute, denn in der durch Tendenzen zur Entdemokratisierung und Verrohung geprägten neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft, in der rechtspopulistische und faschistische Bewegungen immer mehr Zulauf erhalten, ist die Zukunftsrelevanz des Ansatzes von Otto Felix Kanitz offensichtlich – auch wenn sie nur widerständig gegen die herrschenden Gesellschaftstendenzen neue Handlungsrelevanz erhalten kann.

Das Feld der Kultur und das kulturrevolutionäre Konzept

Entdemokratisierung und Verrohung sind politisch-kulturelle Tendenzen, die mit dem Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen Hand in Hand gehen. Dies traf auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ebenso

zu wie auf die Gegenwart. Ein wesentliches Feld der Auseinandersetzung war und ist dabei der Bereich der Kultur, ein Bereich, in dem reaktionäre und emanzipatorische Kräfte damals wie heute um die Vorherrschaft ringen und in dem politische Themenfelder und Strategien diskutiert und im Diskurs etabliert werden. Aus diesem Grund hat Kanitz in der Kultur nicht nur den Schwerpunkt für Erziehung und Bildung, sondern auch den wesentlichen Ausgangspunkt für die Politik der Arbeiterbewegung insgesamt gesehen.

In der Arbeiterbewegung wurde Kanitz' Position jedoch nur marginal wahrgenommen, mit fatalen Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur in Deutschland, Italien und Österreich. Der zeitgenössische Marxismus vertraute auf den aus den ökonomischen Entwicklungstendenzen resultierenden Drang zur Revolution. Die kapitalistische Produktionsweise, so die Einschätzung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, erwecke mit der Zuspitzung ihrer Widersprüche quasi automatisch den Wunsch zur Etablierung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Diese Einstellung wurde von Kanitz als verheerend eingestuft, denn sie würde dazu führen, dass der beharrende, regressive Einfluss der Kultur auf das Denken und Handeln von Menschen systematisch unterschätzt wird. Bei Kanitz steht der Begriff der Kultur im Zentrum seiner sozialistischen Pädagogik. Denn mit der Kultur der bürgerlichen Gesellschaft ist ein äußerst stabiles kulturelles Netzwerk von Institutionen, Organisationen, ideologischen Instanzen entstanden, ohne dessen Erschütterung eine grundlegende Gesellschaftsveränderung nicht initiiert werden kann. Über das Feld der Kultur organisieren die herrschenden Gruppierungen ihre Hegemonie über die Gesellschaft. Die Kultur ist also kein Feld, in dem die Lebensweisen der arbeitenden Bevölkerung ihren Ausdruck finden, sondern ein Terrain, in dem sie beherrscht wird. Über die Besetzung der Kultur mit ihren Ideologien beherrscht die besitzende Klasse die Massen der Bevölkerung, insbesondere auch die Menschen aus der Arbeiterklasse. Über die Kultur wird damit auch Herrschaft

über die geistig-seelischen Strukturen der Menschen ausgeübt. Nur so kann das Phänomen erklärt werden, dass Menschen massenhaft gegen die eigenen Interessen handeln. Dieser „Knechtschaftsmechanismus“ ist, so Kanitz, auf die „gewaltige und einflussreiche geistige Macht“ zurückzuführen, die die besitzende Klasse auf dem Feld der Kultur innehat.² Die politische Verfassung der Demokratie ist für die besitzende Klasse keine ernsthafte Bedrohung, solange es ihr gelingt, die „Macht über die Seelen der arbeitenden Menschen“ auszuüben. Damit rückt Kanitz die Bildungs- und Erziehungsfrage in das Zentrum der ArbeiterInnenbewegung. Die sozialistischen Organisationen dürfen sich nicht auf die Forderung nach einer Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel beschränken oder gar auf automatisch sich entwickelnde Strukturveränderungen der Gesellschaft hoffen. Eine emanzipative Kulturarbeit muss vielmehr in das kulturelle Netzwerk des Bürgertums einbrechen und seine machterhaltenden Ideologien widerlegen, sie zurückdrängen und zerstören. Ohne eine veränderte Erziehung und Bildung ist ein Bruch mit dem status quo nicht zu herbeizuführen.³

Diese Aufgabe, die Kanitz der Pädagogik zuschreibt, ist von bestechender Aktualität. Der Klassenkampf von oben wird nicht nur über Arbeitskämpfe geführt, sondern auch auf dem Feld der Kultur ausgefochten, über ein kulturelles Netzwerk, das mit verschiedenen Begriffen charakterisiert wird: Kulturindustrie, Bewusstseinsindustrie, Vergnügungsindustrie. Über die industriell produzierte Massenkultur werden wir im Interesse herrschender Gruppierungen geformt und manipuliert. Aber auch über Bildung und Erziehung, also wesentlichen Bestandteilen der Kultur, wird das gesellschaftliche Klassensystem reproduziert, ein Grundsachverhalt, den Kanitz eindrucksvoll vor allem an den Sozialisationsinstanzen Familie und Schule verdeutlicht. Bildung und Erziehung sind Bestandteile der von Kanitz kritisierten bürgerlichen Klassenpädagogik. Auch diese Kritik erweist sich als hochaktuell: Bürgerliche Klassenpädagogik tritt uns in Form einer Bildungsindustrie entgegen, die von der kapitalistischen Interessenspolitik geprägt ist. Dieser „bildungsindustrielle Komplex“⁴ bestimmt unter Aushebelung demokratischer Prinzipien, welche Pädagogik in unseren Bildungsinstitutionen zu organisieren ist. Bologna-Reform, PISA-Studien und die so genannte frühkindliche Bildung sind

prominente Teile der bürgerlichen Klassenpädagogik.⁵

Der kulturevolutionäre Kampf gegen die ideologische Besetzung der Gefühlswelt und des Bewusstseins des Menschen muss schon in der Kindheit beginnen, denn die herrschenden Klassen nutzen diese intensive Entwicklungsphase, um – so Kanitz – das „bildsame Gehirn der Kinder“ in ihrem Interesse zu modellieren.⁶ In den Analysen von Kanitz deutet sich eine für die kindliche Entwicklung gefährliche Gesellschaftsentwicklung damals bereits an, die heute fast vollständig die Subjektwerdung von Kindern bestimmt: die Vermarktung der kindlichen Natur, die Kommerzialisierung ihrer ‚Humanressourcen‘ zum Zwecke ihrer wirtschaftlichen Verwertung. In der kurzen Entwicklungsphase Kindheit/Jugend sollen die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Humanressourcen in Humankapital umgewandelt werden, effizient und effektiv. Die Verankerung des „kapitalistischen Lebensplans“ im „bildsamen Gehirn der Kinder“ (also die Förderung von Egoismus und Ellbogenmentalität), die Kanitz anprangert, wird heute umfassend und von früher Kindheit an organisiert – mit dem ideologischen Hinweis, dass damit die Chancengleichheit von Kindern verbessert werde. Gleichzeitig sollen Kinder zu profitablen Kunden geformt werden – angesichts einer mittlerweile in zweistelliger Milliardenhöhe sich bewegenden Kaufkraft von Kindern eine verlockende Perspektive. Der „frühe Zugriff“⁸ auf die kindliche Entwicklung dokumentiert sich in zahllosen Tendenzen: in einer kompetenzorientierten frühkindlichen Bildung, in Forderungen der Arbeitgeber nach Bildungsstandards für die Dreijährigen, in der Zunahme von Sponsoring- und Fundraising-Strategien in Kindergärten, im ‚Engagement‘ von Konzernen für die ästhetische Bildung der Kleinsten, in Spiel- und Unterrichtsmaterialien, die Großunternehmen den Bildungseinrichtungen ‚selbstlos‘ zur Verfügung stellen.

Die politische Konsequenz, die im Anschluss an Kanitz angesichts dieser Kolonisierung von Kindheit zu ziehen wäre, ist die Bekämpfung sämtlicher Versuche der Einflussnahme der kapitalistischen Wirtschaft auf die Bildungseinrichtungen. Die Kommerzialisierung der Bildung bedroht die Entfaltung des kindlichen Seelenlebens, die Realisation des kindlichen Lebensplans, sie befördert egomanische Verhaltensweisen und die Zerstörung von Solidarität.⁹ Insofern



Ausgabe aus 1925 im Verlag Urania

geht es politisch um die Rückbettung der Bildungseinrichtungen in das demokratische gesellschaftliche Kontrollgebiet und um die energische Zurückweisung der Kommerzialisierung von öffentlichen gesellschaftlichen Bereichen. Die pädagogische Profession ist zu einem konfrontativen Umgang mit diesem Grundproblem und zu Wachsamkeit gegenüber möglichen Versuchen des Übergriffs herausgefordert. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang auch eine kritische Selbstreflexion im Hinblick auf die Frage, in welchem Ausmaß neoliberaler Gedankengut (in Form von Wörtern, Begriffen, aber auch Argumentationen) bereits unter der Hand in das Bewusstsein eingesickert ist und damit das pädagogische Denken und Handeln unbewusst, auch gegen die eigenen guten Absichten in Hinblick auf die kindliche Entwicklung, steuert.

Der „frühe Zugriff“ auf die kindlichen Subjektvermögen erfolgt jedoch auch über die kulturindustrielle Sozialisation, die durch die Digitalisierungsstrategie noch einen gewaltigen Schub erhält. Diese „Zwangsdigitalisierung“, so der Medienwissenschaftler Lankau,¹⁰ die die ökonomischen Interessen der IT-Branche bedient, läuft nicht nur auf eine Vereinseitigung kindlicher Subjektvermögen hinaus, sondern beinhaltet zudem die Gefahr, mittels einer „Bildungscloud“ eine technische Kontrolle über sämtliche Bildungsbereiche, damit auch die Überwachung der Bewusstseinsbildungsprozesse von Kindern aufzubauen. Ob im familialen Sozialisationsraum oder in der öffentlichen Kleinkinderziehung – es gilt mehr denn je, Kinder und

Jugendliche vor den Risiken und Gefahren einer zu frühen und unkritischen Einübung in digitales Lernen und Arbeiten zu schützen. Gefordert ist eine Pädagogik, die die Medien unter ihre Kontrolle bringt und sich nicht von ihnen beherrschen lässt.¹¹

Erziehungsziele der Tiefenpädagogik

Die sozialistische Pädagogik darf jedoch nicht in der Bekämpfung der Kultur und Ideologie herrschender Gruppierungen stecken bleiben, sie muss im Sinne kulturrevolutionärer Konzepte auch darauf abzielen, Solidarität als Leitwert im Menschen zu etablieren, denn ohne den Aufbau solidarischer und humaner Persönlichkeitsstrukturen könnte sich erneut inhumane, autoritäre Herrschaft etablieren und das Projekt einer solidarischen Gesellschaft zum Scheitern bringen.

Politisch liegt das Ziel in der „Kulturbeherrschung“, ein Begriff, den Kanitz aus der Soziologie Müller-Lyers übernimmt¹² und mit Gedanken des Historischen Materialismus anreichert. „Kulturbeherrschung“ ist eine realisierbare Utopie, die sich allerdings nicht wie bei Müller-Lyer als bloßer evolutionärer Entwicklungsprozess hin zu einem sozialistischen Zustand begreifen lässt. Sie muss vielmehr in langwierigen, mühseligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpft werden, in denen die Kapitalmacht letztlich gestürzt und überwunden wird. „Kulturbeherrschung“ heißt für Kanitz, dass Kultur in die Perspektive der Entwicklung des Menschen in einer solidarischen Gesellschaft gerückt wird.

In der neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart wird Denken und Handeln jedoch von einer industriell hergestellten Massenkultur im Interesse herrschender Gesellschaftsgruppen bestimmt. Horkheimer und Adorno haben dies mit dem Begriff der Kulturindustrie zum Ausdruck gebracht: den Umstand, dass es keine Kultur der Massen mehr gibt, keine eigenständige Volkskultur, keine Arbeiterkultur, keine Jugendkultur. Vielmehr wird uns eine industriell hergestellte, bereits für den Konsum präparierte, standardisierte Kultur vorgesetzt, die unsere Bedürfnisse und Bewusstseinsstrukturen im Interesse der dominierenden Gesellschaftsklassen formt. „Kulturbeherrschung“ im Sinne der sozialistischen Pädagogik hingegen meint die bewusste Gestaltung der Gesellschaft und den Neuaufbau der gesellschaftlichen Beziehungsverhältnisse, die Be-

herrschung von Technik,¹³ Wissenschaft und Bildung, die in den Dienst der menschlichen Entwicklung gestellt werden sollen.¹⁴ Die Fähigkeiten der Menschen zur Selbstbestimmung und Solidarität sind hierfür eine Grundbedingung, und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie die Eroberung der politischen Macht und die Demokratisierung der Kultur Voraussetzung.

Als Ziele dieser Entwicklung nennt Kanitz eine harmonische, allseitige Persönlichkeitsentwicklung, eine sozialindividuale Persönlichkeit, Mündigkeit als Befähigung zur Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen, die Verwirklichung einer freien, glücklichen Persönlichkeit und die produktive Auflösung von Minderwertigkeitsgefühlen durch Verwirklichung eines Lebensplans. Diese Ziele sind nur verwirklichtbar, wenn sie an konkrete gesellschaftliche Voraussetzungen und Bedingungen der Subjektwerdung anknüpfen, sie können also nur umgesetzt werden, wenn sie mit den jeweiligen Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen verknüpft werden. Nur wenn die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in das Erziehungsziel einfließen, können Kinder einerseits zu Mitgliedern der Gesellschaft werden und sich andererseits dazu ermächtigen, den Aufbau einer neuen Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen.

Dabei sind sowohl der Ausgangspunkt der Erziehung als auch ihre Ziele psychologisch bestimmt.¹⁵ Sie sind abhängig vom Entwicklungsniveau, von den psychischen Strukturen, den Lebensplänen, den Fähigkeiten und den Wünschen der Kinder. Eine Erziehung, die auf Mündigkeit und Solidarität gerichtet ist, darf die eigenwillige Persönlichkeit des Kindes nicht den politischen Erfordernissen des Klassenkampfes opfern, vielmehr muss sie versuchen, das „Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung mit den persönlichen Zielen des einzelnen in Einklang zu bringen.“ (Ebd., S. 217) Denn werden in den Erziehungszielen nur die Bedürfnisse der Gesellschaft berücksichtigt, das persönliche Glück der Kinder aber außer Acht gelassen, kann eine emanzipierte demokratische Gesellschaft nicht aufgebaut werden. Das Kind darf also nicht zum Mittel für einen gesellschaftlichen Zweck instrumentalisiert werden, es soll sich vielmehr zu einer freien, glücklichen Persönlichkeit entwickeln können.

Die Reformpädagogik unterschied in diesem Zusammenhang zwischen Oberflächenpädagogik und Tiefenpädagogik,

wobei die Oberflächenpädagogik Kinder lediglich in ihren sichtbaren, beobachtbaren Persönlichkeitsphänomenen und Verhaltensweisen wahrnimmt und kein Verständnis der kindlichen Seele entwickelt. Sie ist daher nicht in der Lage, die psychosozialen Probleme von Kindern zu bearbeiten, ignoriert die unbewussten Strebungen und Regungen des Kindes, sie ist blind gegenüber psychodynamischen Prozessen im pädagogischen Verhältnis und negiert Verdrängungs- und Verleugnungsleistungen der am pädagogischen Prozess beteiligten Personen. Weil die Oberflächenpädagogik die Tiefenstrukturen der kindlichen Seele nicht angemessen wahrnehmen kann, führt sie zu einer permanenten Verletzung kindlicher Grundbedürfnisse und beteiligt sich damit an einer misslingenden Subjektwerdung. Es bedarf keiner ausgeprägten Phantasie festzustellen, dass die gegenwärtige Pädagogik des bildungsindustriellen Komplexes bis in die frühkindliche Bildung hinein nach diesem Muster gestrickt ist. Die Persönlichkeit von Kindern wird vermessen, um ihre nützlichen Potenziale ausbeuten zu können. Ihre Entwicklung wird permanent diagnostiziert, evaluiert und observiert. Das Kind wird in Anlehnung an industriell-technische Prozesse in unterschiedliche, überprüfbare Kompetenzen aufgesplittet – seine innerseelischen Bedürfnisse, Konflikte, Ängste und Nöte werden zu Störfaktoren deklariert, notfalls durch nachholende Resilienz kompensiert.

Ohne eine Wahrnehmung und Bearbeitung der seelischen Tiefenstrukturen ist aber eine Erziehung zur Autonomie nicht möglich. Kanitz stützte sich in diesem Zusammenhang auf die Individualpsychologie Alfred Adlers; Ziel war, die kindlichen Triebe und Bedürfnisse in einem sozialistischen Sinne zu humanisieren und zu kultivieren, das Umschlagen des Minderwertigkeitsgefühls in Minderwertigkeitskomplexe zu verhindern und damit dem Kind zur Realisierung seines Lebensplans zu verhelfen. Eine Erziehung, die Selbstverfügung (worunter er die Fähigkeit versteht, über die Potenziale der eigenen Persönlichkeit zu bestimmen und sich aus Fremdbestimmung zu lösen) und Autonomie ermöglichen will, muss also nicht nur am beobachtbaren Verhalten, sondern vor allem an den psychischen Grundstrukturen und Grundbedürfnissen von Kindern ansetzen.¹⁶

Zentrale Kategorie für Kanitz war der „bewusste Sozialindividualismus“, der

sowohl Ziel als auch Weg der sozialistischen Erziehung ist, evolutionäre Sozialismusvorstellungen mit marxistischer Theorie kombiniert und auch Kritik an den pädagogischen Wohlfühlformeln des individualisierten Lernens und individualisierten Unterrichts beinhaltet. Diese positiv konnotierten Begriffe, so Kanitz, verdecken nämlich, dass eine Pädagogik des Individualismus nichts anderes ist als die pädagogische Fortführung der strukturell bedingten Vereinzelung der Menschen in einer kalten Tausch- und Wettbewerbsgesellschaft. Der Sozialindividualismus hingegen sei das Gegenmodell des „triebhaften Individualismus“, wie er in den Sozialisationsprozessen der Klassengesellschaften aufgebaut und beständig reproduziert wird. Bei ihm handle es sich um einen „schrankenlose(n) Individualismus“, der vom Nietzscheanismus und Sozialdarwinismus noch wissenschaftlich zu untermauern versucht wird.¹⁷ Unschwer erkennt man im Kanitz' Beschreibung auch den heutigen neoliberalen Gesellschaftscharakter wieder: Herauslösung aus sozialen Bindungen, Übergewichtung der Individualität, egomanische Selbstbehauptung, individuelles Vorteilsstreben als Ergebnis und Grundlage des kapitalistischen Konkurrenzprinzips, der keineswegs mit Selbstbestimmung oder Autonomie zu verwechseln ist. Der triebhafte Individualismus verstößt nicht nur gegen den von Kanitz anthropologisch angenommenen sozialen Trieb, indem er die Menschen in sozialdarwinistischer Weise gegeneinander in Stellung bringt, er wird zudem eingesetzt, um die Entstehung einer solidarischer Einstellung, die grundsätzlich im Widerspruch zur neoliberalen Ideologie steht, zu verhindern. Die gegenwärtige Pädagogik arbeitet tendenziell diesem triebhaften Individualismus zu, indem sie mit der zum Fetisch gewordenen Individualisierung den Menschen zum Einzelkämpfer im Lebenswettrennen vereinzelt.

Systemkälte und sozialistische Gefühlsbildung

Das pädagogische Prinzip, das Otto Felix Kanitz dem schrankenlos-triebhaften Individualismus entgegensetzt, bezeichnet er als sozialistische Gefühlsbildung. Eine anthropologische Grundprämisse der bürgerlichen Reformpädagogik wird hier aufgegriffen. Kinder sind von ihrer psychischen Struktur her über die gefühlsmäßige Dimension viel eher ansprechbar als über die rationale – ein in rationalistischen Bildungstheorien

stark vernachlässigte Dimension. Mit der sozialistischen Gefühlsbildung führt Kanitz ein Prinzip in die Bildungsarbeit ein, das auf einer fundamentalen Einsicht für jede Bildung von der Kindererziehung bis zur Erwachsenenbildung beruht: der sozialemotionalen Basis von Weltauffassungen, Einstellungen und Lebensstimmungen. Im Rahmen der Sozialisation werden das Bewusstsein, die Mentalität und damit die Weltanschauungen der Menschen vor allem über ihre Gefühlswelt grundgelegt. Die Stärke der Gefühlswelt des Kindes wird dabei ambivalent wahrgenommen, denn einerseits bildet sie die Grundlage für die pädagogische Möglichkeit, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen, soziale Sensitivität, Mitleidensfähigkeit und solidarisches Handeln zu entwickeln; andererseits liegt in der Dominanz der Gefühlswelt über die intellektuellen Fähigkeiten immer auch die Gefahr der Manipulation und Indoktrination begründet.

Dennoch ist die sozialistische Gefühlsbildung die *conditio sine qua non*, die unerlässliche Bedingung einer emanzipativen Subjektwerdung, wobei sie im Unterschied zur bürgerlichen Reformpädagogik aber als Antwort auf die Vereinzelung und Entsolidarisierung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen interpretiert wird. Sozialistische Gefühlsbildung nimmt die seelischen Gefahren für die kindliche Entwicklung ernst, die aus den Reproduktionszwängen, aus ökonomischem Druck und Wettbewerbsprinzip resultieren. Das Entstehen von Minderwertigkeitskomplexen wird im Gegensatz zur Individualpsychologie nicht „nur“ auf fehlerhafte Erziehungsformen, Entwicklungsretardierungen, problematische Geschwisterkonstellationen oder organische Mängel zurückgeführt; auch der durch die Klassengesellschaft hervorgerufene „allgemeine gesellschaftliche Druck“ könne die psychischen Kapazitäten von Kindern belasten und das Gefühl der Minderwertigkeit erheblich steigern.¹⁸

Das Prinzip sozialistischer Gefühlsbildung gewinnt massiv an Bedeutung und Gewicht in einer Gesellschaft, in der die soziale Kälte zu einem atmosphärischen Grundzug geworden ist. Es handelt sich hierbei um eine Systemkälte, zurückzuführen auf ein lebensfeindliches Sozialklima, das strukturell mit den Organisationsprinzipien unserer Gesellschaft verknüpft ist. Kälte ist eine geschichtliche Mitgift des zum Nihilismus tendierenden Kapitalismus. Der Philosoph Ernst Bloch hat das kapitalistische System als „frier-



Otto Felix Kanitz (1894–1940)

rendes Unzu Hause“ bezeichnet,¹⁹ als eine gastlose Gesellschaft, in der sämtliche Alternativen, Visionen und Utopien einer besseren Welt in der Finsternis der Tauschgeschäfte aufgelöst werden. Wo ökonomische Kalkulationen und Konkurrenzprinzip auf sämtliche Lebensbereiche ausgeweitet werden (eine zentrale Tendenz neoliberaler Gesellschaftsverhältnisse), werden Kinder einem systematischen Erkaltungsprozess ausgesetzt. Es bleiben diejenigen Subjekteigenschaften auf der Strecke, die zu den Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft gehören und eigentlich durch Erziehung und Bildung zu entwickeln wären: Sensitivität, Empathie, Sympathie, Rücksichtnahme. Blochs „frierendes Unzu Hause“ macht auch die Bildung zu einem Kühlaggregat. Was Kanitz an der zeitgenössischen Pädagogik geißelt – dass sie zum Egoismus und zur Zerstörung der Solidarität erzieht – gilt nach wie vor für zentrale Sozialisationsinstanzen unserer Gesellschaft, vor allem für die Schule, die die Persönlichkeit von Kindern in Kompetenzen aufsplittet und auf Notenziffern reduziert.

Die subjektive Kehrseite der von den kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen erzeugten objektiven Kälte ist die Angst – Kälte und Angst sind Zwillinge. Das Äquivalent der sozialen Kälte ist im psychischen Haushalt von Kindern und Jugendlichen die Angst: Angst vor dem Versagen; Angst, im schulischen Leistungswettbewerb nicht mithalten zu können; Angst vor fehlender sozialer Anerkennung und vor Ausgrenzung; Angst, im Lebenswettrennen auf der Strecke zu bleiben. Minderwertigkeitsgefühle des

Kindes werden dadurch verstärkt, die Entwicklung eines Lebensplans beeinträchtigt oder verhindert. Kanitz hat die Sozialisationswirkung des „frierenden Unzuhauses“ auf Kinder erkannt und mit dem Prinzip der sozialistischen Gefühlsbildung eine fundamentale pädagogische Antwort formuliert. Vor dem Hintergrund dieser Analyse gilt es, die sozial-emotionale Befindlichkeit in das Zentrum der Bildungsarbeit zu stellen und die Gefühle der Minderwertigkeit und der Angst aufzugreifen, um sie in pädagogischen Prozessen aufarbeiten zu können. Weitere Aufgaben der sozialistischen Gefühlsbildung gelten der Aufhebung der im Sozialisationsprozess erzeugten emotionalen Blockaden intellektueller Erkenntnisse und der Anbahnung der sozialen Sensitivität und Solidarität, der wir angesichts des „schrackenlosen Individualismus“ dringend bedürfen. Erziehung sollte darauf hinwirken, so hat es Adorno einmal formuliert, die Kinder „zart“ zu machen,²⁰ damit sie Scham vor der Rohheit entwickeln, die im kälteproduzierenden kapitalistischen Prinzip des Wettbewerbs angelegt ist. Pädagogik muss jedoch auch den Willen zum Handeln und zur Veränderung stärken, das gesellschaftliche Engagement provozieren, denn auch die voluntativen Kräfte des Menschen gehen nicht nur aus den rationalen, sondern aus dem emotionalen Subjektvermögen hervor.²¹

Erziehung zu soziologischem Denken

Ein weiteres wichtiges Prinzip, das Kanitz die Verstandesbildung nennt, ist eine intellektuelle Bildung, die Kinder zu ursächlichem Denken befähigen sollen. Kinder sollen das Vermögen entwickeln, die sie betreffenden sozialen und politischen Fragestellungen, Phänomene, Probleme im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einordnen und kritisch beurteilen zu können. Die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung der Gesellschaft ist in dieser Hinsicht maßgeblich. Kinder müssen lernen, sich nicht mit den Oberflächenerscheinungen des Alltagslebens und der Alltagspolitik zufriedenzugeben. Sie müssen in die Lage versetzt werden, diese ursächlich von ihren gesellschaftlichen Beweggründen und Strukturen her zu begreifen. Der methodisch-didaktische Ansatzpunkt ist dabei ihr eigener lebensweltliche Problem- und Fragehorizont. Die politische Bewusstseinsbildung, Bedingung materieller und kultureller Befreiung, kann weder in bestehenden Curricula noch in

einem als Weltanschauung missverstandenen Marxismus seinen Ausgangspunkt finden. Es ist einer sozialistischen Pädagogik geradezu entgegengesetzt, in der Vermittlung von Lehrsätzen sozialistischer Theorie den Kern einer gesellschaftskritischen Bildung zu sehen. Sozialismus geht nicht in Lehrsätzen auf, er ist vielmehr eine sittliche Lebenshaltung, die sich in Alltagssituationen permanent bewähren muss.

Kanitz begreift den „Fragetrieb“ der Kinder als Ausgangspunkt und Motor jeder Bildung. Bildungsarbeit, die diesen Fragetrieb ignoriert oder manipulativ in bestimmte Bahnen zu lenken versucht ist kontraproduktiv für die Entfaltung eines auf Befreiung hin orientierten Welt- und Selbstverständnisses. Es ist gerade das auch in unserer Gesellschaft weit verbreitete und kaum in Frage gestellte Desinteresse an den kindlichen Fragen, die die kindliche Neugier, damit aber auch die Heranbildung eines gesellschaftskritischen Bewusstseins systematisch verhindern. Das „starke Kausalitäts- und Fragebedürfnis“ des Kindes,²² welches sich auf aufklärungsbedürftige, problematische und damit zu problematisierende Themen seiner unmittelbaren Lebenswelt richtet, ist von einer sozialistischen Erziehung nachhaltig zu unterstützen. Werden die sozialen und politischen Fragen des Kindes mit gesellschaftswissenschaftlichem und politischem Wissen angereichert, können Kinder in die Lage versetzt werden, ihre eigene Situation mit dem System der Gesellschaft zu verknüpfen und damit ihr gesellschaftskritisches Bewusstsein zu schulen. Sie lernen zu erkennen, dass ihre individuelle Situation kein Schicksal ist, sondern im Kontext kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse einzuordnen und zu begreifen ist.

Mit diesem Prinzip zielt Kanitz' Ansatz auf die geistige Abspaltung von im kapitalistischen System herrschenden kulturellen Leitwerten und Ideologien. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, sich von diesen nicht mehr manipulieren zu lassen. Kanitz will den Heranwachsenden Instrumente an die Hand geben, mit deren Hilfe sie die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft und gesellschaftliche Herrschaftsinteressen offenlegen und sich aus dem Korsett der Fremdbestimmung befreien können.

Davon ausgehend, kommt man automatisch zu einer Kritik der gegenwärtig vorherrschenden Konsenspädagogik, einer Pädagogik, die die Zustimmung zu

desaströsen Gesellschaftsverhältnissen fördert, anstatt sie zu problematisieren. Diese Konsenspädagogik, die sich hinter einer vorgetäuschten Kinderfreundlichkeit verschanzt, ist in den Worten von Kanitz nichts anderes als bürgerliche Klassenpädagogik, die von ihr befördert Bildung eine Bildung der beschränkten Partizipation, des dosierten Nonkonformismus, der gelenkten Autonomie. Konsenspädagogik fördert ein mündiges Handeln mit angezogener Handbremse. Sie domestiziert den Prozess der Selbstverfügung gerade dadurch, dass sie den Schein der Partizipation erweckt: selbstgesteuertes Lernen, Selbstregulierung, kooperatives Lernen. Damit ist die Konsenspädagogik als Werkzeug der Macht perfider und zugleich wirksamer als jede autoritäre Pädagogik. Trotz Aufklärung und Kritik an ihr haben wir es immer noch mit einer Pädagogik zu tun, die die verkehrte Gesellschaft als Ausgangs- und Zielpunkt der Subjektwerdung definiert. Konsenspädagogik kultiviert die affirmative Zustimmung, das „Urvertrauen“ in unsere Institutionen und unsere politische Klasse, wo doch strukturelles Misstrauen zu provozieren wäre. Ingeheim folgt Konsenspädagogik dem von der OECD ausgerufenen „dynamischen Modell des lebenslangen Lernens“, in dem Partizipation offensichtlich mit der Anpassungsleistung des Subjekts kurzgeschlossen wird. Menschen, so die OECD, sollen Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, „die für die erfolgreiche Anpassung an veränderte Gegebenheiten erforderlich sind“ (Deutsches PISA-Konsortium 2000, S. 11).

Die erfolgreiche Anpassung von Kindern an die veränderten Gegebenheiten einer Gesellschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen rücksichtslos zerstört, menschenverachtende Spekulation auf Nahrungsmittel und damit Hunger und Tod billigend in Kauf nimmt, in exorbitanter Weise tödliches Kriegsmaterial exportiert, einer Gesellschaft, die Teil der „kannibalischen Weltordnung“²³ ist, kann aber nicht ernsthaft eine pädagogische Perspektive sein. Es ist höchste Zeit, die Geleise der notorischen Konsenspädagogik mitsamt der zerstörerischen Strategie der Anpassung zu verlassen. Im Sinne von Kanitz' Prinzip der Verstandesbildung müssen wir Kindern und Jugendlichen Orte und Möglichkeiten zur Entwicklung gesellschaftskritischen Denkens zur Verfügung stellen, damit sie aus einer kritischen Distanz heraus die Funktionsweise, damit aber auch die problematischen, letztlich zer-

störerischen Konstruktionsprinzipien unserer Gesellschaft erkennen können.

Bildung und Pädagogik stehen nicht außerhalb des neoliberalen Raubzuges, sie sind entscheidende Motoren dieser Negativentwicklung, sie treiben die Ausbeutung der kindlichen Subjektvermögen unwissentlich oder schamlos voran und helfen aktiv mit, den entsprechenden Habitus in Kindern herzustellen: instrumentelle, funktionalistische Haltungen zur Welt, zum eigenen Leben, aber auch zum eigenen Selbst, Haltungen, die vom Prinzip des Tauschs und Verkaufs der eigenen Persönlichkeit bestimmt sind. Wir Pädagoginnen und Pädagogen treiben Kinder in einen sozialdarwinistischen Konkurrenzkampf und rüsten sie auch noch mit der Resilienzkompetenz auf, die für die Selbstbehauptung im kapitalistischen Haifischbecken benötigt wird. Hier werden mit pädagogischer Unterstützung die Potenziale gesellschaftlicher Friedlosigkeit begründet, hier wird das Gegenteil von dem betrieben, was Adorno „Entbarbarisierung“ genannt hat.²⁴

Letztlich darf Pädagogik, die die geistige Unabhängigkeit von Kindern und damit ihre Loslösung von vorherrschenden Ideologien zu entwickeln versucht, nicht davor zurückschrecken, den Willen zum Handeln und zur Veränderung zu stärken und gesellschaftliches Engagement zu provozieren. Sie ist und darf niemals neutral sein. Sozialistische Pädagogik geht hier weit über die Konzeption Kritischer Pädagogik hinaus, indem sie die Handlungsperspektive konstitutiv einbezieht. Gewonnene Einsichten in die Funktionsweise der Gesellschaft führen allerdings nicht automatisch dazu, dass Menschen dazu motiviert werden, die Überwindung der gesellschaftlichen Missstände auch tatsächlich anzugehen. Durch die sozialistische Gefühlsbildung aber, die in einem dialektischen Verhältnis zur Verstandesbildung steht, können Menschen den Mut, die Willenskraft und die Motivation entwickeln, ihre Erkenntnisse in praktisches Handeln umzusetzen²⁵ und in solidarischen Handlungszusammenhängen konstitutive Hoffnung zu entwickeln und vermitteln.

Resümee

Von Otto Felix Kanitz zu lernen heißt, Solidarität nicht nur als Ziel, sondern auch als atmosphärisches, sozialklimatisches Prinzip von Erziehungs- und Bildungsprozessen in die Theorie der Pädagogik wiederaufzunehmen. In einer Welt der sozialen Vereinzelung, die die

Menschen gegeneinander in Stellung bringt, wird dieses Prinzip immer wichtiger, soll Autonomie nicht zur egoistischen Selbstbehauptung im neoliberalen Haifischbecken degenerieren. So kann Autonomie nach Kanitz denn auch nur als sittlich-moralische Autonomie für eine Subjektwerdung in gesellschaftlichen Kontexten von Bestand sein. Von Kanitz zu lernen heißt, Kinder und Jugendliche nicht der Anpassungsstrategie des bildungsindustriellen Komplexes zu opfern, sondern sie zu kritischen, widerständigen, mutigen Subjekten zu bilden, sie in die Lage zu versetzen, sich in die gesellschaftlichen

Kämpfe hineinzubegeben, eine neue Gesellschaftsperspektive zu entwickeln. Von Kanitz zu lernen heißt, die Gefühlsebene menschlicher Bildung sowohl als analytisches wie als Handlungselement angemessen in Theorie und Praxis zu integrieren, um den Menschen in seiner Widerstandsfähigkeit zu erden. Von Kanitz zu lernen heißt letztlich für uns Pädagoginnen und Pädagogen, endlich unsere Mitverantwortung für die Durchsetzung neoliberaler Gesellschaftsverhältnisse zu erkennen – als Bedingung des Ausstiegs aus einer lebensfeindlichen gesellschaftlichen Tendenz.

Auch wenn die Kälte in Form der Entsolidarisierung zu einem bestimmenden Moment der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist, ist sie kein durchgängiges Element der sozialen Verhältnisse. Ihr stehen Gegenkräfte gegenüber, die im Wesen der menschlichen Sozialnatur begründet sind und/oder sich an den gesellschaftlichen Widersprüchen entzünden, durch sie provoziert werden. Es geht darum, das Kritik- und Widerstandspotenzial dieser Gegenkräfte, das in der Erfahrung gesellschaftlicher Kälte schlummert, zu erkennen, es freizulegen und mit Gesellschaftskritik zu verknüpfen. Es geht aber auch darum, die Instrumentalisierung sozialer Vereinzelung durch reaktionäre oder rechtsextreme politische Organisationen, die das Ver-



Gedenktafel für den im KZ Buchenwald ermordeten Otto Felix Kanitz am Parlament in Wien.

Gefühlsebene

führungspotenzial vorgegebener sozialer Zugehörigkeit zu einer Gruppe längst erkannt haben, zu verhindern. Ein Ausgang aus Blochs „frierendem Unzuhaue“ ist nur gesamtgesellschaftlich und solidarisch möglich.

Allerdings – und dies hat Kanitz wie kein Zweiter erkannt – wird dieser Ausgang nicht angebahnt werden können, wenn er sich ausschließlich auf strukturelle und infrastrukturelle Maßnahmen begrenzt. Wer nicht durch sein praktisches Handeln, durch sein persönliches Engagement Kindern eine humanere Welt vorwegnehmend anzeigt, der wird die Hoffnung auf eine neue, warmherzige und solidarische Gesellschaft nicht stiften können. Otto Felix Kanitz hat dieses radikale Engagement durch sein Handeln persönlich bezeugt.

Anmerkungen:

1/ Kanitz, Otto Felix: Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft, Jena: Urania Verlags-Gesellschaft 1925, S. 6.

2/ Kanitz, Otto Felix: Kämpfer der Zukunft. Für eine sozialistische Erziehung (1927). Neuaufgabe hg. von Lutz von Werder. Frankfurt am Main 1970, S. 119.

3/ Kanitz: Kämpfer der Zukunft, S. 122f.

4/ Vgl. Münch, Richard: Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbs-

Hans Gruber (1907–1945)

Ein Weizer Widerstandskämpfer als letztes Opfer des Krieges

HEIMO HALBRAINER

Am 15. Juli 1945 berichtete die Neue Steirische Zeitung über eine „Trauerfeier in Weiz“. In dem Bericht hieß es: „Am 3. Juli 1945 kamen bei einem Unfall in Weiz mehrere Menschen ums Leben. In der Leichenhalle der Stadt verabschiedete sich am 6. Juli der Bürgermeister der Stadt Weiz von den Opfern des Unfalls. Die Bevölkerung der Stadt Weiz bekundete durch ihre überaus zahlreiche Beteiligung ihre Anteilnahme an den tragischen Ereignissen. In einem feierlichen Trauerzug wurden dann drei Opfer des Unfalls, die Mitglieder der KPÖ waren, und zwar: Johann Gruber, seine Mutter Katharina Gruber und seine Schwester Maria Aftenberger zum Friedhof geleitet und dort beigesetzt. Die KPÖ, die SPÖ, die ÖVP und die Freie Österreichische Jugend gestalteten den letzten Weg ihrer toten Genossen zu einer eindrucksvollen gemeinsamen Kundgebung.“¹ Nur wenig später, am 29. August 1945, beschloss der Weizer Gemeinderat, eine Gasse nach Johann (Hans) Gruber zu benennen.

Die Geschichte von Hans (Johann) Gruber ist eine jener Geschichten, wie es sie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts viele gibt.² Sie weicht aber spätestens zu jenem Zeitpunkt von vielen anderen ab, als er in den 1930er Jahren begann, sich gegen die Aushöhlung der Demokratie und gegen die Diktatur – die österreichische und die deutsche – zur Wehr zu set-

zen und in diesem Zusammenhang verfolgt und inhaftiert wurde.

Sozialdemokrat und Schutzbündler

Hans Gruber wurde am 23. Februar 1907 in Grub-Peesen bei Weiz als erstes Kind des Zimmermanns Johann Gruber und seiner Frau Katharina, geb. Prettenhütter geboren.³ Da er nach der Schule keine Lehre absolvierte, arbeitete er in der Folge immer nur als Hilfsarbeiter bzw. war zeitweise arbeitslos. Im Zuge der Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise Ende der 1920er Jahre trat Gruber 1929 zunächst der Sozialdemokratischen Partei und wenig später auch dem Wehrverband der Sozialdemokratie, dem Republikanischen Schutzbund, bei.

Auch wenn keine amtlichen Berichte vorliegen, dass Gruber an den unten angeführten sozialen und politischen Kämpfen 1931/32 in Weiz teilgenommen hat, die wie auch andernorts in jener Zeit vielfach auf der Straße ausgetragen wurden,⁴ so sprechen doch die Polizei- und Gerichtsakten ab 1933 dafür. Etwa im Frühjahr 1932, als die Arbeitslosigkeit in Weiz einen Punkt erreicht hat, an dem sich die Arbeitslosen und Ausgesteuerten zusammenschlossen und mit mehreren Demonstrationen aber auch mit der Drohung gegen den Weizer Bürgermeister Josef Draxler – „Schaff uns

Arbeit und Brot, sonst bist du tot!“⁵ – auf ihre Lage aufmerksam machten.⁶

Als am 13. September 1931 der Judenburg-er Rechtsanwalt und Führer des Steirischen Heimatschutzes Walter Pfrimmer einen Putschversuch unternahm und die Heimwehren vor allem in der Obersteiermark Straßen, öffentliche Gebäude und Arbeiterheime besetzten, sammelte sich auch in Weiz die Heimwehr auf der Wegscheide. Auf das hin wurde der Schutzbund – unter ihnen auch Hans Gruber – alarmiert, der zum Arbeiterheim eilte und dort Bereitschaft hielt.⁷ Der sozialdemokratische Bürgermeisterstellvertreter Karl Operschall vereidigte in der Folge zwölf Mitglieder des Schutzbunds auf die Republik und stellte sie als Schutztruppe für die Gemeindekanzleien in Dienst, was zu einem Nachspiel im Gemeinderat führen sollte.⁸

Doch bald schon löste die NSDAP die Heimwehr⁹ als militante Organisation auf Seiten der Rechten ab und es mehrten sich ab dem Frühjahr 1932 Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite, die in Graz und Leoben auch Todesopfer forderten. Auch in Weiz kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen beispielsweise am 9. Februar 1933 die Sozialdemokraten Viktor Wugganig und Anton Zorn am Hauptplatz von 40 SA-Männern blutig ge-

staat. Weinheim, Basel: Beltz Juventa 2018.

5/ Auch im Hinblick auf Bildungsreformen wird die Vehemenz dieses Klassenkampfes von oben deutlich: So hat das Hamburger Bürger-tum (Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmen) 2010 mit der Initiative „Wir wollen lernen!“ erfolgreich die Einführung der Primarschule, die vor allem den Kindern aus unterprivilegierten Gesellschaftsgruppen zugutekommen sollte, verhindert – Klassenkampf von oben!

6/ Kanitz: Kämpfer der Zukunft, S. 192.

7/ Kanitz: Das proletarische Kind, S. 34.

8/ Vgl. Ahlheim, Klaus/Ahlheim, Rose (Hg.): Frühe Bildung – früher Zugriff? Hannover: Offizin 2018.

9/ Kanitz spricht von der „Verkümmerung mancher wertvoller körperlicher und seelischer Organe“, die z.B. durch die Ausdünnung kindlicher Spielmöglichkeiten erzeugt werden (1925, S. 33).

10/ Lankau, Ralf: Die Digitalisierung ist ein Experiment an unseren Kindern, in: *NachDenk-Seiten*, 2019, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50213> [15.12.2021].

11/ Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Kulturbeherrschung, die Kanitz in einer sozialistischen Gesellschaft anstrebt.

12/ Müller-Lyer, Franz: *Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft*. München 1910, S. 224.

13/ Damit auch der Beherrschung der digitalen Maschinen durch die Menschen.

14/ Kanitz, Otto Felix: *Familienerziehung – Staatserziehung – Gesellschaftserziehung*. Dissertation Universität Wien 1922, S. III/4 und 9.

15/ Kanitz: Kämpfer der Zukunft, S.216.

16/ Tiefenpädagogik erfordert die Kunst der Auslegung und Deutung (Hermeneutik) kindlicher Ausdrucks- und Handlungsweisen, die Deutung von Symptomen kindlicher Verhaltens-

weisen vor dem Hintergrund ihrer möglichen Ursachen in Sozialisationsmilieus, die Rekonstruktion der Genese von Problemen in der Subjektwerdung; insgesamt also eine systematische Aufwertung der psychodynamischen Dimension von Bildungs- und Erziehungsarbeit.

17/ Kanitz: *Familienerziehung*, S. III/4.

18/ Kanitz: *Kämpfer der Zukunft*, S. 106.

19/ Bloch, Ernst: *Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie*. Frankfurt/M. 1985, S. 283.

20/ Adorno, Theodor W.: *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt/M. 2017, S. 132.

21/ Kanitz: *Kämpfer der Zukunft*, S. 136.

22/ Ebd., S. 219.

23/ Ziegler, Jean: *Ändere die Welt! Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen*. München 2015.

24/ Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*, S. 120.

25/ Vgl. Kanitz: *Kämpfer der Zukunft*, S. 136.

schlagen wurden,¹⁰ was wiederum dazu führte, dass der Schutzbund mobilisiert wurde, der die „Entfernung der auswärtigen SA-Strolche“¹¹ verlangte.

Nachdem in Wien Anfang März 1933 das Parlament ausgeschaltet worden war, begann die scheinbarweise Beseitigung der Demokratie. Zwar versuchten am 15. März 1933 sozialdemokratische und deutschnationale Abgeordnete eine Sitzung des Parlaments abzuhalten, doch wurden sie mit Gewalt daran gehindert. In vielen Orten Österreichs war der Republikanische Schutzbund an diesem Tag in Bereitschaft, so auch in Weiz im Ziegelwerk, wo die Mitglieder des Schutzbunds schließlich von der Gendarmerie festgenommen wurden.¹² Vierzehn Tage später war der Republikanische Schutzbund verboten. Mit dem Bescheid über die Auflösung des Schutzbunds war auch eine Verordnung verbunden, die den ehemaligen Schutzbundangehörigen den Waffenbesitz verbot. Daher wurden weiträumige Waffensuchen – auch in Weiz – angeordnet. Am 5. April 1933 durchsuchten Angehörige des Bundesheers und der Gendarmerie aus Graz u.a. das Parteiheim der Sozialdemokratischen Partei, den Konsum, das Ziegelwerk sowie 30 Privatwohnungen. Dabei fanden sie u.a. 23 Militärgewehre, zwei Pistolen und Sprengpulver. Bei Hans Gruber wurde Munition für Revolver, Pistolen und ein Flobertgewehr gefunden.¹³ Bereits am Tag der Bekanntgabe der Auflösung des Schutzbunds hatte der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei zur Bildung freier Ordnerschaften aufgerufen. Im Aufruf heißt es u.a.: „Kaltes Blut, Genossen! Unser Kampf ist nicht zu Ende. Der Kampf entwickelt sich erst. Eiserner Wille, zähe Ausdauer und planmäßiges Handeln werden die Anschläge der Reaktion zunichtemachen.“¹⁴

Aktiver Februarkämpfer

Als am 12. Februar 1934 in Linz der lokale Schutzbundführer Richard Bernaschek sich einer Waffensuche im Parteilokal der Sozialdemokratischen Partei mit Waffengewalt widersetzte, war dies der Auslöser, dass sich in einigen Regionen Österreichs – so auch in Weiz – die Arbeiterschaft zur Wehr setzte. Die Sozialdemokratische Partei, die noch am 12. Februar verboten wurde, proklamierte den Generalstreik, von dem die Mitglieder des aufgelösten Schutzbunds in Weiz aus dem Radio erfuhren.¹⁵ Nachdem ein Streikbeschluss bei Elin gefasst worden war, verblieben die Arbeiter im

Werk, wo auch beschlossen wurde, die Gendarmerie einzunehmen. Um 21.15 Uhr begann der Angriff, bei dem ein Angehöriger des Heimatschutzes, der vor der Gendarmeriekaserne patrouillierte, durch einen Brustschuss so schwer verletzt wurde, dass er am nächsten Morgen im Spital verstarb. Als die Mitglieder des Schutzbunds einsahen, dass die Kaserne nicht einnehmbar war, zogen sie sich gegen 22 Uhr in die Elin zurück, wohin auch Gruber mitging, der beim Angriff auf die Gendarmerie vom Süden her Sicherungsdienst versehen hat. Am nächsten Morgen gaben die Schutzbündler in der Elin auf und verließen unter Zurücklassung von Munition, Gewehre, Karabiner, Pistolen, Revolver und Handgranaten das Werk. 46 Personen wurden daraufhin verhaftet und wegen Mordverdacht, Hochverrat, Aufstand, Aufruhr und öffentliche Gewalttätigkeit angezeigt. Bereits am 19. Februar begann in Graz der Standgerichtsprozess gegen zehn der 46 Verhafteten. Neben den Führern des Schutzbunds war einer der zehn Hans Gruber. Nachdem die Regierung am 21. Februar für die Steiermark das wegen Verbrechens des Aufruhrs verhängte Standrecht aufgehoben hatte, wurde das Standgerichtsverfahren gegen die Weizer eingestellt. Erst am 11. Juni 1934 fand vor dem Straflandesgericht Graz der Prozess eine Fortsetzung. Dabei wurden 24 Weizer wegen ihrer Teilnahme an den Februarkämpfen angeklagt. Im Prozess gab Hans Gruber an, „in der Elin ein Gewehr genommen zu haben.“ Doch wisse er nicht, „was er gemacht hat. Wie er die Schießerei hörte, hat er das Gewehr schnell nach Hause getragen und weggeworfen.“ Die Geschworenen verwarfen schließlich den Vorwurf des Verbrechens des Aufruhrs und des Hochverrats, „da sie als nicht erwiesen angenommen haben, dass die Angeklagten im Bewusstsein handelten, einen Bürgerkrieg [...] herbeizuführen. Die Geschworenen nahmen an, die Angeklagten haben, wie bei rein militärischen Verbänden üblich, den Weisungen gehorcht und waren sich bei der allgemeinen Aufregung nicht im Klaren, was für Ziele ihre Handlung verfolgt.“¹⁶

Hans Gruber wurde schließlich zu fünf Monaten schweren Kerker ergänzt durch einen Fasttag verurteilt. Nachdem ihm die Vorhaft angerechnet wurde, kam er wenige Tage nach dem Urteilsspruch wieder frei. Gruber schloss sich in der Folge – wie viele andere Februarkämpfer – der bereits seit 1933 illegalen Kommunistischen Partei an, die zunächst mittels

Flugblättern und dem Streuen von „Hammer und Sichel-Zetteln“ gegen den austrofaschistischen Ständestaat kämpften,¹⁷ in den letzten Wochen und Monaten vor dem „Anschluss“ 1938 allerdings – wie in vielen anderen Städten auch – mit Angehörigen der Vaterländischen Front, den Vertretern des Ständestaats, gemeinsam eine Anti-Hitler-Front zu bilden versuchten. Der damalige Weizer Jungkommunist Alfred Mitterdorfer berichtete über diese Versuche: „Im Februar 1938 war in Graz, in der Elisabethnergasse, eine Gewerkschaftsversammlung, bei der ich dabei war. Da ging es darum, für die Volksabstimmung, für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs Werbung zu machen. Ich habe Flugblätter bekommen, und ich habe das, was in Graz beschlossen wurde, dann mit der Jugendgruppe in Weiz besprochen. Wir haben dann in Weiz eine Tätigkeit für ein JA zu Österreich entfaltet. Dann ist der 11. März gekommen. Wir haben alle gewartet, was jetzt passiert. Während die Nationalsozialisten schon marschiert sind und ihre Lieder gesungen haben, sind wir im ehemaligen Arbeiterheim gesessen. Es waren aber nur mehr wenige; Skoff, der Leiter des Konsums, der Haberlik von der Elin-Lohnverrechnung, der Gruber, Ingenieur Mitscha und einige Jugendliche. Nach der Rede vom Schuschnigg haben wir beim Weniger bei der ‚Vaterländischen

MEDIEN-, MACHT- UND MEINUNGS-MONOPOL

156 Seiten



Zum Thema:

Mit Beiträgen von Gert Hautsch, Heiko Hilker, Heike Krämer, Konstanze Kriese, Uwe Krüger, Jörg Langer, Karin Leukefeld, Michael Meyen, Rüdiger Rauls, Mandy Tröger

Weitere Theme

Afghanistan (M. Baraki), Bundestagswahl (G. Fülberth / U. Schneider / R. Perschewski), KPÖ-Sieg in Graz (A. Rieger), Innere Sicherheit 20 (R. Hohmann), Medienkompetenz (Studie), Victor K lemperer (J. Farrell), Unser Weg zum Sozialismus (Nguyễn Phú Trọng, K P V ietnam), Kapitalismus und Sozialismus im Pandemie-Stresstest (International Manifesto-Group), Warum der Neoliberalismus Neofaschisten braucht (P. Patnaik)

Neue Impulse Verlag

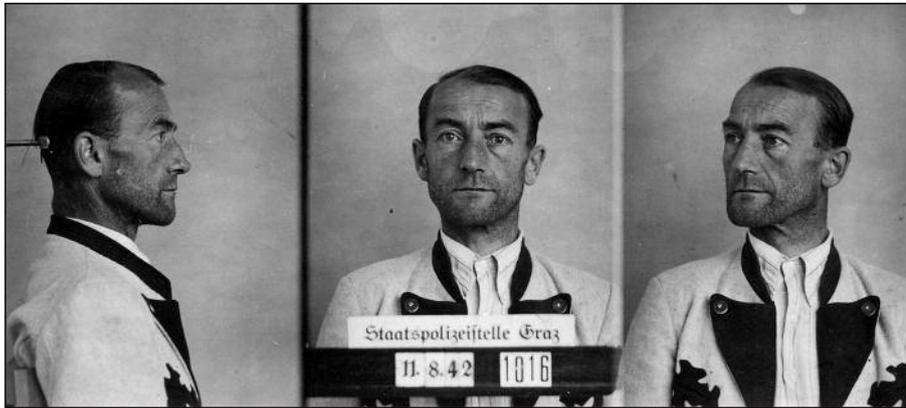
Einzelheft (inkl. Porto) 12,50 €
Jahresabo 54,00 €
ermäßigtes Abo 38,00 €
Jahresabo+PDF 64,00 €
ermäß. Abo+PDF 48,00 €

Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Tel. 0201 | 23 67 57

info@neue-impulse-verlag.de

www.marxistische-blaetter.de



Gestapo-Fotos des Gendarmerie-Hauptwachtmeisters Franz Hiebler (1894–1943).

Front‘ angerufen, doch dort war niemand mehr. Da haben wir uns aufgelöst und sind getrennt nach Hause gegangen.“¹⁸

Kommunistischer Widerstand

Bald schon nach dem „Anschluss“ 1938 setzte auch in Weiz ein erster Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein. Während sich die KPÖ vorerst ruhig verhielt, begannen die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands (KJV) in Weiz mit dem Aufbau von Verbindungen nach Graz und der Gründung neuer Zellen. Durch einen Spitzel verraten, schlug die Gestapo bereits am 1. Dezember 1938 zu, und verhaftete zahlreiche Weizer.¹⁹ Von dieser Verhaftungswelle blieben die Mitglieder der illegalen Weizer KPÖ unberührt, die 1938/39 neu aufgebaut wurde. Dies war u.a. auch notwendig geworden, da der ehemalige Leiter der illegalen KPÖ in Weiz, Rupert Kulmer, nach Graz gegangen war.²⁰ Seine Funktion in Weiz übernahm Hans Gruber.

Ab Frühjahr 1939 begannen Hans Gruber, Hans Halmer und Josef Gram, ehemalige sozialdemokratische Parteigänger dafür zu gewinnen, für Angehörige verhafteter Widerstandskämpfer Geld zu spenden und Zellen der *Roten Hilfe* zu bilden. Innerhalb dieser Zellen wurde u.a. auch die aus Wien kommende kommunistische Flugschrift *Weg und Ziel* gelesen und diskutiert, in der es im Zusammenhang mit der Ausrichtung auf einen breiter aufgestellten Widerstand hieß: „Soll der deutsche Faschismus gestürzt werden, dann müssen wir die Voraussetzungen schaffen, das heißt Einigkeit des gesamten österreichischen Volkes, den Arbeitern, Bauern, Bürgern und Soldaten zu ihrem Recht, zu ihrer Freiheit zu verhelfen, die nur im Kampf errungen wird!“²¹ Während die Widerstandszelle um Gram bereits im Oktober 1940 durch eine Denunziation eines Arbeitskollegen aufgerollt und vier Mitglieder zu

Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt wurden, blieben die anderen Zellen in Weiz vorerst unentdeckt, die weiterhin auch Geld für die Familien der Verfolgten sammelten.²²

Im Frühjahr 1942 traf Hans Gruber in Bad Gleichenberg anlässlich eines Kuraufenthalts den Kapfenberger Kranführer Gottfried Raschl, der in der Folge Gruber mit dem aus Thörl stammenden und in St. Oswald bei Graz stationierten Gendarmerie-Hauptwachtmeister Franz Hiebler und dem Kapfenberger Arbeiter Karl Prazak bekannt machte. Diese gingen gemeinsam mit anderen daran, die Landesorganisation der KPÖ mit Bezirksstellen in Weiz, Kapfenberg, Bruck an der Mur, Judenburg und Graz neu aufzubauen,²³ nachdem deren weit verzweigte Organisation in den Jahren zwischen 1939 und 1941 mehrmals von der Gestapo aufgerollt und führende Funktionäre zum Tode verurteilt worden waren.²⁴ Gruber, der von Hiebler als Bezirksleiter der KPÖ für Weiz eingesetzt wurde, organisierte zunächst für Hiebler eine Schreibmaschine, auf der dieser in der Folge mehrere Flugblätter verfasste.

Gruber lud in der Folge alle ihm als Kommunisten bzw. als Spender der „Roten Hilfe“ bekannten Weizer zu einer Besprechung beim Kalkofen in der Nähe des Sturmberges. Gleichzeitig mit der Aufforderung sich Anfang Juli 1942 zu treffen, verteilte Gruber die von Franz Hiebler verfassten Flugschriften. Die Überschriften dieser Flugschriften lauteten: „Was hat Euch der Faschismus versprochen?“, „Wie kann ich trotz Gestapoterror eine Organisation aufbauen und führen?“ oder „Mein Kampf oder unser Kampf“. Über diese Flugblätter stellte der nationalsozialistische Volksgerichtshof im Prozess später fest: „Sie greifen in niedriger und gehässiger Weise den Führer an, schieben ihm völlige Knechtung der Arbeiter und Bauern zu, die er rechtlos machen und unterdrücken wolle,

werfen ihm vor, dass er Österreich mit dem Reich nur vereinigt habe, um die wirtschaftliche und militärische Stärke des Reiches für den beabsichtigten Eroberungskrieg zu heben, kündigen an, dass er Millionen Not und Kummer bringen werde und beschuldigen ihn, trotz seines Versprechens keine territorialen Ansprüche zu erheben, die Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Jugoslawien, Griechenland und schließlich die Sowjetunion überfallen zu haben und an dem Krieg schuld zu sein.“²⁵

Beim Kalkofen-Treffen berichtete Gruber über eine Besprechung, die er mit zwei Mitgliedern der Landesleitung der KPÖ hatte, und über deren Bemühungen, eine größere Organisation aufzubauen, die sich auch mit der Unterstützung der Angehörigen verhafteter Gesinnungsgenossen befassen wird. Bei diesem Treffen kündigte Gruber auch an, dass regelmäßig Flugschriften zu einer größeren Verteilung erscheinen sollten. Um diese alles zu ermöglichen, sollten weitere Mitglieder geworben und von jedem Mitglied monatlich zwei Reichsmark eingehoben und an die Landesleitung abgeführt werden.

Verurteilt zu zwölf Jahren Zuchthaus

Für die Umsetzung der gesteckten Ziele blieb den Weizern allerdings kaum Zeit. Bereits einen Monat nach dem Treffen wurde die Führung um Hiebler verhaftet, da in der Landesleitung mit Karl Prazak ein eingeschleuster Spitzel der Gestapo saß.²⁶ Dadurch war die Gestapo über den Aufbau der Organisation bestens informiert. Zudem war Franz Hiebler selbst offenbar sehr unvorsichtig, wie Alfred Mitterdorfer – einer der am 17. September verhafteten Weizer meinte: „Der Hiebler war ein sehr genauer. Alles was er gemacht hat, hat er mit Durchschlag geschrieben. Er hat unter anderem einen Brief an den Hans Gruber geschrieben, indem in etwa stand: Es findet ein Treffen in der Nähe von Gratkorn statt – mit genauer Skizze wo und so weiter. Und als Schlusssatz ist gestanden: Wenn möglich, bringe auch deinen Kameraden M. mit. Die Gestapo hat dann nachgeforscht und fand heraus, dass der M. der Mitterdorfer ist. Das war eigentlich der Grund, weshalb sie mich damals in Haft genommen haben.“²⁷

Im September 1942 wurden 16 Personen aus Weiz – unter ihnen auch Hans Gruber – festgenommen,²⁸ die in der Folge vom Volksgerichtshof wegen „Vorbe-

reitung zum Hochverrat“ angeklagt wurden.²⁹ Um von Gruber ein Geständnis zu bekommen, verhaftete die Gestapo am 10. Oktober 1942 auch den Vater und die Mutter von Hans Gruber.³⁰

Nachdem der Volksgerichtshof im April 1943 mehrere führende Parteifunktionäre wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt hatte, stand als letzter der Bezirksleiter der KPÖ am 31. August 1943 Hans Gruber vor Gericht. Er wurde, nachdem es ihm gelungen war, seine Rolle im Widerstand herunterzuspielen, nicht zum Tode, sondern zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Folge kam Gruber in die Strafanstalt Straubing in Bayern, wo er bis zum 25. April 1945 blieb.³¹ Als die Front immer näher rückte, wurden die Häftlinge in Richtung Konzentrationslager Dachau in Marsch gesetzt, wo sie schließlich von den amerikanischen Alliierten befreit wurden.

Hans Gruber kam nach seiner Befreiung schließlich wieder zurück in seine Heimatstadt, wo er bei seinen Eltern in der Steinbruchgasse Quartier fand. In dieser Zeit wurde in Weiz und Umgebung das umherliegende Geschützmaterial eingesammelt und zu den Steinbrüchen gebracht, wo es später gesprengt werden sollte. Am 3. Juli 1945 um 14.30 Uhr explodierte ein Teil der Munition beim Abladen vor dem Haus, in dem Hans Gruber mit seiner Familie lebte. Dabei starben neben Gruber auch seine Mutter Katharina, seine Schwester Maria Aftenberger und sieben weitere Personen zwischen vier und 55 Jahren.

Anmerkungen:

- 1/ Trauerfeier in Weiz, in: *Neue Steirische Zeitung*, 15.7.1945, S. 4.
- 2/ Die Quellenlage ist alles andere als befriedigend. Neben Geburts- und Taufmatrikel handelt es sich vor allem um Polizei- und Gerichtsakten.
- 3/ Die Eltern heirateten 1906. In der Folge wurden neben Hans noch die Kinder Josef (1908), Christina (1909), Maria (1910), Katharina (1912) und Rosa (1914) geboren. Taufmatrikel der Pfarre Weiz (Diözesanarchiv Graz).
- 4/ Gerhard Botz: *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938*. München 1983.
- 5/ Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Bundeskanzleramt (BKA) Inneres 22/Stmk 1932, Gendarmerieposten Weiz, Arbeitslosendemonstration in Weiz 18.5.1932.
- 6/ StLA, BKA Inneres 22/Stmk 1932, Gendarmerieposten Weiz: Arbeitslosendemonstration in Weiz am 27.4.1932, 18.5.1932, 30.6.1932
- 7/ Interview mit Alfred Mitterdorfer, 16.10.1996.
- 8/ *Wochenblatt für den politischen Bezirk Weiz*,

31.10.1931, S. 4–6.

9/ Bruce F. Pauley: *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934*. Wien, München, Zürich 1972.

10/ StLA, BKA Inneres 22/Stmk 1933, Gendarmerieposten Weiz, Ruhestörung in Weiz. Der „Arbeiterwille“ (10.2.1933) meinte: „Vierzig gegen zwei, das ist so Faschistenart!“

11/ *Arbeiterwille*, 12.2.1933, S. 3.

12/ *Arbeiterwille*, 16.3.1933, S. 6.

13/ StLA, 206 Re 8/1933; S. 71ff.

14/ *Arbeiterwille*, 1.4.1933, S. 1.

15/ Interview mit Alois Platzer, 16.10.1996; Interview mit Viktor Wugganigg, 9.1.1997. Dazu auch: Heimo Halbrainer: *Abenddämmerung der Demokratie – die letzten Jahre der Ersten Republik in Weiz*, in: Ingo H. Kropac/Susanne Kropac (Hg.): *Weiz. Impressionen einer Stadt*. Weiz 2001, S. 119–125.

16/ DÖW 10.481, Urteil des Landesgerichts Graz (Vr 565/34) gegen Josef Huber, Johann Gruber u.a., 16.6.1934.

17/ Interview mit Alois Platzer, 16.10.1996.

18/ Interview mit Alfred Mitterdorfer, 17.8.1996.

19/ Heimo Halbrainer: *Widerstand und Verfolgung in Weiz*, in: *Impressionen einer Stadt*, S. 128–133, hier S. 130f.

20/ DÖW 7386, OLG Wien, OJs 97/39, Urteil gegen Rupert Kulmer u.a., 1.7.1940.

21/ *Weg und Ziel*, Nr. 2/1940, zit. nach DÖW 411, OLG Wien, OJs 201/40, Urteil gegen Josef Gram u.a., 3.4.1941.

22/ OJs 201/40, Urteil gegen Josef Gram u.a.

23/ Der Widerstand dieser von Hiebler aufgebauten Landesleitung der KPÖ lässt sich anhand der Anklage- und Urteilsschriften des Volksgerichtshofs gegen deren Mitglieder rekonstruieren. Siehe dazu u.a. VGH 7 J 599/42, Urteil gegen Franz Hiebler, 5.4.1943; 7 J 243/43, Urteil gegen Johann Gruber, 31.8.1943.

24/ Heimo Halbrainer: *„Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ – Kommunistischer Widerstand in der Steiermark 1938 bis 1945*, in: Manfred Mugrauer (Hg.): *90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien 2009, S. 209–220.

25/ VGH 7 J 599/42, Urteil gegen Franz Hiebler.

26/ DÖW 1448, Bericht der Gestapo Graz, Herbst 1942.

27/ Interview mit Alfred Mitterdorfer.

28/ DÖW 400, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Graz, Amtsvermerk, 11.1.1943, Liste der in der Sache Hiebler Franz wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommenen Personen.

29/ Halbrainer: *Widerstand und Verfolgung in Weiz*, S. 133.

30/ StLA, 405 Gu 67-1953, Opferfürsorge Johann Gruber; Interview mit Alfred Mitterdorfer.

31/ StLA, 405 Gu 67-1953, Bestätigung der Strafanstalt Straubing, 8.7.1953 über die Haftzeit von Johann Gruber.

Fini Seif 90 Jahre

Am 9. Jänner 2022 feiert Fini Seif ihren 90. Geburtstag. Seit der Gründung der Alfred Klahr Gesellschaft im Jahr 1993 ist sie ohne Unterbrechung als ehrenamtliche Mitarbeiterin aktiv und auch Mitglied unseres Vorstands. Bis in die jüngere Vergangenheit herauf hat sich Fini Seif um den Bürobetrieb der AKG in der Drechslergasse und um laufende Vereinsangelegenheiten gekümmert.

Fini Seif wurde am 9. Jänner 1932 in Krems als Tochter einer Weinbauerfamilie geboren. Unmittelbar nach Kriegsende trat sie der



Freien Österreichischen Jugend (FÖJ) bei, in deren Bezirksleitung sie gewählt wurde. 1951 wurde sie Mitglied der KPÖ. In dieser Zeit arbeitete sie in der Rehberger Schuhfabrik, ehe sie nach Wien in den Apparat der Landesleitung der FÖJ Niederösterreich wechselte. Ab 1960 gehörte sie dem Bundesvorstand der Österreichischen Gewerkschaftsjugend an. Im April 1969 begann Fini Seif ihre Arbeit als Sekretärin im Sekretariat des Zentralkomitees der KPÖ; eine Tätigkeit, die sie bis in die frühen 1990er Jahre fortsetzte. Bis heute ist sie eine Aktivistin der KPÖ Favoriten. Am 38. Parteitag der KPÖ, der im Juni 2021 in Wien stattfand, wurde Fini Seif für ihre Jahrzehnte lange unermüdliche Mitarbeit gewürdigt.

Der Vorstand der Alfred Klahr Gesellschaft spricht Fini Seif zu ihrem Geburtstag seinen herzlich empfundenen Dank für ihr Engagement aus und übermittelt ihr die besten Wünsche. Wir hoffen, dass uns Fini – auch wenn sie altersbedingt leiser wird treten müssen – auch in Zukunft unterstützen wird.

Einklang in Wort und Tat

Zum 100. Geburtstag von Erika Danneberg

Ein Bild drängt sich in den Vordergrund: Ein Bauernhof; es ist Sommer; wir sitzen im Gras und diskutieren über das Schreiben. Textproduktion im Elfenbeinturm? Was ist authentisch, wann und von wem sind Texteingriffe legitim und welche Nähe zur Realität ist zumutbar? Wie weit reicht Erinnerung zurück? Erika im Kreis junger Frauen, sie die Älteste, erzählt von dem erinnerten, vagen Gefühl, als der Justizpalast brannte. Oder war es die unruhige Aufregung auf den Straßen Wiens in den 1930er Jahren, die sie vom Fenster der Wohnung ihrer Eltern aus beobachten konnte? Auf einem Sessel stehend? Die diffuse Bedrohung, die sie als damals Fünfjährige empfunden hat, reicht bis in die Gegenwart.

Wir: Frauen vom Arbeitskreis schreibender Frauen, die sich zu einem Wochenende ins Waldviertel zurückgezogen haben, um über unsere Texte zu sprechen und uns als schreibende Subjekte in einem Kollektiv zu verstehen. In diesem Arbeitskreis, den ich Ende der 1970er Jahre gegründet hatte, sind wir, Erika und ich, uns das erste Mal begegnet. Wir haben uns im WUK, dem Werkstätten- und Kulturhaus in der Währinger Straße, Tür an Tür mit dem *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* regelmäßig getroffen. Eines Tages spazierte eine zarte, etwas gebeugte Frau mit großen wachen, neugierigen Augen herein und sagte, sie würde gerne bei den schreibenden Frauen mitmachen. Sie heiße Erika Danneberg, sei Psychoanalytikerin, früher habe sie geschrieben, aber neben einem Schriftsteller-Ehemann (Hermann Hakel) brachte sie lange Zeit nichts zu Papier. Heimlich geschrieben habe sie aber, sogar unter dem männlichen Namen Erich Danneberg. In einem *Volksstimme*-Interview erklärte sie im Jahr 1990: „Geschrieben habe ich immer, während meiner Lehranalyse ein Nachtbuch. Und das Schreiben hab' ich dann im Arbeitskreis schreibender Frauen in den siebziger Jahren wiederentdeckt. Ich kann doch nicht ein ganzes Stück von meinem Leben wegschmeißen.“

Dass Erika Danneberg und ich den gleichen Nachnamen tragen, ist reiner Zufall. Nichts Familiäres, sondern Freundschaft hat uns verbunden. Und politische Weltsicht. Manchmal wurde ich ihr als Kind untergeschoben, alters-

mig wäre sich das auch ausgegangen, und auf eine solche Mutter wäre ich stolz gewesen. Noch heute passieren manchmal diese Verwechslungen, wenn ich auf Psychoanalytisches angesprochen werde, wie damals auch Erika, wenn sie, in der Annahme, sie sei Journalistin, um einen Text gebeten wurde.

Vorlenkerin und Vordenkerin

Als wir vom Waldviertel-Schreibseminar, einem intensiven Wochenendseminar mit heute teils namhaften Autorinnen, nach Wien zurückführen, nahm Erika mich in ihrem Auto mit. Beharrlich und gleichmütig fuhr sie auf der Landstraße mit 70 Stundenkilometern dahin, hinter uns die ungeduldigen Lichthupen, und Erika meinte seelenruhig, die



Schnellen seien auch nicht eher in Wien, denn dort staut es sich erst wieder. Eine Vorlenkerin auf dem Asphalt und eine Vordenkerin auf dem Gebiet der Schreibkunst.

Besonders bewundert habe ich diese Kunst, als Erika Danneberg die Gedichte der nicaraguanischen Lyrikerin Gioconda Belli übersetzte. Ich erinnere mich an ihr Bemühen, Spanisch zu lernen. In ihrem Gedicht „Antwort an Gioconda“ heißt es zum Schluss: „... und daß mein Herz, noch immer rebellisch, / bereit ist, zu lieben, / bereit auch, sich zu entrüsten, / daß es den Zweifel noch gibt, / den Kampf, aber auch die Hoffnung, / die Horizonte, die weit sich ffnen / beim Klang unserer Schritte, / unsrer Lieder und eurer Waffen, / und beim Herberholen deiner Verse / aus deiner Sprache in meine, / Gioconda Belli, Companera.“ („Manchmal auch Verse... aus sechs Jahrzehnten“. Wien: Edition Art & Science / Lyrik 2001)

Es war Erikas Stärke, sich auf die Wirklichkeit, die vergangene und die gegenwärtige, einzulassen. Wort und Tat im Einklang. Sie ging in den Jahren 1984 bis 1990 wiederholt und für längere Aufenthalte nach Nicaragua, um in dem Projekt *Salud Mental*, einem Psychosozialen Dienst der Sandinistischen Regierung, mitzuarbeiten. In ihrem Buch „In Nicaragua. Notizen. Briefe. Reportagen“ (Wien: Schönbrunn-Verlag 1987) schreibt sie von ihrem Alltag und ihrer Arbeit in dem fernen Land. „Irgendwie hängt's auch mit dem Krieg zusammen, den ich in meinem Land erlebt hab, mit der Hilflosigkeit und politischen Unreife meiner Jugend, mit der Unfähigkeit damals, auf irgendeine brauchbare Art teilzunehmen an dem, was unsere Männer getan haben und was man mit ihnen getan hat. Als wollte ich herausfinden, ob ich im Alter etwas besser machen kann, als ich es in der Jugend gekonnt hab“, schreibt sie dort.

Ich habe ihren Mut bewundert, sich im Alter von über 60 Jahren auf ein neues Leben einzulassen. Sie fragt sich, was in diesem Krieg in Nicaragua ihre Aufgabe sei und welche Möglichkeiten zum Widerstand sie dort habe, als Kommunistin und Psychoanalytikerin. „... als Psychoanalytikerin Kommunistin werden und als Kommunistin Psychoanalytikerin bleiben, immer gegen ihr Herkommen und immer auf der Suche, Heimat zu finden im Fremden... Ist das der rote Faden in den verwirrenden Figuren meiner Teppichweberei? Bis zur letzten: Nicaragua, mein geliebtes Land, das doch nicht mein Land ist...“ („Wie leistet man Widerstand? In den Jahren der Tode“. Wiener Frauenverlag 1995)

In Mexico und Nicaragua vertieft sich durch die gemeinsame Arbeit die Freundschaft zur sterreichischen Psychoanalytikerin Marie Langer, Wiener Jüdin, Ärztin im Spanischen Bürgerkrieg, als Kommunistin 1939 vor dem Faschismus nach Uruguay und Argentinien emigriert und Mitbegründerin der Argentinischen Psychoanalytischen Vereinigung. Sie hat das sozialtherapeutische Konzept von *Salud Mental* für das nicaraguanische Gesundheitsministerium entwickelt, das Erika Danneberg bereits von Wien aus unterstützt hat. Ich erinnere mich an eine Lesung vom Arbeitskreis schreibender Frauen in der

Alten Schmiede, die Erika organisiert hatte und bei der Geld für die Arbeit von *Salud Mental* gesammelt wurde. („Salud Mental“, Interview mit Marie Langer in *Stimme der Frau*, Nr. 9/1984).

Die „politische Erika“

Für meinem Beitrag zur IWK-Tagung ein Jahr nach ihrem Tod (Institut für Wissenschaft und Kunst: „Etwas in Bewegung setzten – Erika Danneberg“ am 13. Juni 2008) wurde ich gebeten, auch die „politische Erika“ zu würdigen. Zuerst habe ich an ihre Reden auf Parteitagen gedacht, an ihre Diskussionsbeiträge im Bundesvorstand der KPÖ, dem sie wie auch ich einige Zeit – von 1991 bis 1997 – angehörte.

Im Laufe der nochmaligen Beschäftigung mit ihren Reden, Notizen und Büchern für dieses Symposium habe ich gemerkt, dass alles, wirklich alles – ihre Literatur, ihre Lyrik, ihre Aufsätze und ihre Reden – durch und durch politisch sind. Politisch in dem Sinne, dass sie Partei ergreift für eine zutiefst menschliche Idee, die sie in ihrem Gedicht „Für meine Leute“ in der letzten Strophe so ausdrückt: „Denkend an all meine Leute / In meinem reichen – in meinem armen Land / Weiß ich: wir kämpfen gegen / Dasselbe Unrecht mit Namen Imperialismus / Und für dasselbe Recht: / Das Recht, in Frieden zu leben / – El Derecho De Vivir Paz!“

Es scheint es mir unmöglich, die „politische Erika“ von Erika Danneberg als ganze, als handelnde, als denkende und praktizierende Person zu trennen. So etwa thematisiert sie „die Schwierigkeiten, die Intellektuelle und Künstler in unserer Partei, mit unserer Partei und umgekehrt unsere Partei mit ihnen, hat. [...] Was haben eigentlich die Genossen an der Basis für Meinungen darüber, wozu Intellektuelle in der Partei gut sind, wie fühlt sich ein Intellektueller in seiner Grundorganisation. Wenn man aus diesen Grundorganisationen dann Fragestellungen für so ein Forum entwickelt, so wäre man vielleicht näher von Leitungen zu Leuten an der Basis...“ (Beitrag im Rahmen der Intellektuellenkonferenz der KPÖ „Offen und parteilich“ am 25. November 1986 in Wien).

Wie du es hältst mit der Frau

Auf der IWK-Tagung erinnerte ich auch an Erikas frauenpolitischen Zugang zur Politik. Sie sagte: „Etwas drängt mich, mit diesen ‚muchachos‘ mich zu beschäftigen, mit dem, was sie erlebt haben, und mit ihren Möglichkeiten, mit

dem Erlebten fertig zu werden – oder auch nicht. Ihnen zu ‚helfen‘? Ich weiß gar nicht, ob ich das kann. Aber ich möchte hinschaun und wissen, wie diese Revolution ist, wie dieser Krieg ist und wie die Männer sind, die ihn führen und erleiden.“ Als Psychoanalytikerin wollte Erika wissen, „ob das, was ich gelernt hab, nützlich sein kann in einem revolutionären Prozess“, schreibt sie im Vorwort ihres Buches „In Nicaragua“. In diesem Satz offenbart sie ihr marxistisches Verständnis, die Welt als Ganzes zu sehen, dass Theorie und Praxis in einem verträglichen Verhältnis zueinander stehen müssen.

In ihrem Buch „Wie leistet man Widerstand“ schreibt Erika Danneberg: „Ich darf es nicht vergleichen. Und tu es doch. Und darf es doch. Die Frau von damals, mit der ich mich manchmal in den Nächten berate, hat mir geholfen, in ihrem privaten Überlebenskampf die Strukturen von Unterwerfung, Unterdrückung und Zerstörung zu entdecken, die Millionen Frauen überall auf der Welt nur als ihre persönliche Schuld oder ihr persönliches Unglück erleben, ohne inmitten von Schuld und Unglück noch wahrnehmen zu können, dass ihr persönlicher Unterdrücker nur letzter Exponent eines gesellschaftlichen Systems ist, das auch ihn unterdrückt und zugleich zum Unterdrücken von Schwächeren legitimiert.“

Erika Dannebergs Gedicht „Fehlfronten“ bleibt ein Vermächtnis an jene Männer und Genossen, die das Politische vom Privaten, die Einheit von Wort und Tat trennen wollen. In der letzten Strophe des Gedichts heißt es: „Ob du brauchbar bist oder unbrauchbar / für die Welt, die wir wollen, / erweist sich nicht allein daran, / ob du zu dieser oder jener Gruppe gehörst / der Alten oder der Neuen Linken, / ob du deine Arbeit tust im / Interesse der Arbeiterklasse, / linke Bücher liest und / linke Platten hörst / – die alten aus Spanien und / die neuen aus Cuba und Chile – / ob du und mit wem



du demonstrierst / gegen die Folterer und für / Solidarität mit den / Opfern; / es erweist sich auch daran, / wie du es hältst mit der Frau: / ob du ihre Stärke liebst und / ihre Schwäche nicht ausnützt, / ob du nicht fürchtest, sie zu benützen / oder von ihr benützt zu werden / – für Arbeit, für Lachen, für Ausruhn, für Trost oder Lust – / wie du mit ihr schläfst und / wie du sie liebst, / wie du gegen sie kämpfst und / selbst noch, wie du sie verlässt – / auch das erweist dich als einen, der / unbrauchbar ist oder brauchbar / für die Welt, die wir wollen: / wie du umgehst mit deiner / Freundin, Freund, / wie du umgehst mit deiner / Genossin, Genosse.“ Dieses Gedicht, das sie im Arbeitskreis schreibender Frauen vorlegte, wurde erstmals in der vom *Bund demokratischer Frauen* herausgegebenen *Stimme der Frau* abgedruckt (Nr. 3/1984)

Zu ihrem 100. Geburtstag erinnern wir uns an den literarischen und politischen Reichtum, den uns Erika Danneberg (geboren am 9. Jänner 1922, gestorben am 29. Juni 2007) hinterlassen hat. Aus diesem Anlass hat die AG Literatur erstmalig den „Erika-Danneberg-Preis für Essayistik“ ausgeschrieben.

BÄRBEL DANNEBERG

Internet-Tipp: <https://www.uibk.ac.at/brenner-archiv/archiv/danneberg.html>

Michael Hollogschwandtner: Holocaust Education – ein Nebenjob? Zu den Rahmenbedingungen der außerschulischen Erziehung nach/über Auschwitz in Österreich. Wien: Eigenverlag 2021, 143 S., 15 Euro

Im Titel des Buches wird eine irritierende Frage gestellt, denn weshalb sollte die Geschichtsvermittlung an Gedenkorten der NS-Verbrechen ein „Nebenjob“ sein, angesichts deren regelmäßig hervorgehobener hoher Bedeutung – bis hin zur Zielsetzung, dass alle SchülerInnen in Österreich eine NS-Gedenkstätte besucht haben sollen? Doch die vorliegende Studie belegt genau das. Mittels Interviews mit den Verantwortlichen der pädagogischen Abteilungen an den Gedenkstätten/Museen als auch mit VermittlerInnen, einer Online-Befragung zur Tätigkeit und Lebenssituation der Guides und der Analyse pädagogischer Konzepte/Leitbilder werden die aktuellen Rahmenbedingungen der außerschulischen Vermittlung der NS-Geschichte in Österreich untersucht. Im Fokus stehen die Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse der VermittlerInnen sowie die Guide-Ausbildungen vor dem Hintergrund der durch die Gedenkstätten/Museen formulierten pädagogischen Zielsetzungen. Zudem sind die daraus resultierenden Belastungsfaktoren für die VermittlerInnen Teil der Untersuchung, welche, so die These, Auswirkungen auf die Dauer der Tätigkeit an einem Gedenkort haben und damit auf die Möglichkeit des Aufbaus von Erfahrung und beruflicher Routine.

Aufgrund der BesucherInnenanzahl und ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung wurden folgende Institutionen besonders berücksichtigt: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial.

Als erkenntnisreich stellt sich bereits die Einführung dar, da sie eine detaillierte Zusammenstellung der aktuellen, außerschulischen Angebote zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Österreich enthält. Die Studie zeigt, dass ein großer Teil der befragten Guides als „working poor“ bezeichnet werden kann. Das mittlere Einkommen aus der Arbeit als VermittlerIn lag bei lediglich 300 Euro (Jahresdurchschnitt, netto) (S. 80). Somit müssen die Guides in der Regel weiterer Erwerbsarbeit nachgehen und sind damit häufig einer

Mehrfachbelastung aus Guide-Tätigkeit, weiterer Erwerbsarbeit und/oder Studium – rd. ein Drittel der befragten VermittlerInnen sind Studierende (S. 50) –, teilweise zusätzlich auch Betreuungspflichten, ausgesetzt. Bei 58 Prozent lag das monatliche Gesamteinkommen (netto) trotz der mehrfachen Berufstätigkeiten bei maximal 1.300 Euro (S. 52).

Die Arbeit an Gedenkorten ist zumeist mittels eines „Pool“-Systems freier DienstnehmerInnen bzw. Neuer Selbstständiger organisiert, welche die pädagogischen Programme an den jeweiligen Gedenkorten durchführen. Das „Pool“-System bringt dabei auch für die Institutionen Nachteile mit sich, wie die Leiterin der pädagogischen Abteilung des Mauthausen Memorial, Gudrun Blohberger, beschreibt, da „es keinerlei Garantie dafür gibt, dass für die gebuchten Führungen des übernächsten Monats genug Guides gefunden werden können. Es ist nie klar, welche und wie viele Leute zur Verfügung stehen. [...] Es können 70 VermittlerInnen unter Vertrag stehen und es kann trotzdem passieren, dass [beispielsweise] am 21. Juli null Personen zur Verfügung stehen“ (S. 76). Dies steht in Zusammenhang damit, dass die Tätigkeit der VermittlerInnen de facto saisonarbeitsähnlichen Charakter aufweist, da Schulbesuche – SchülerInnen stellen die größte BesucherInnengruppe der Gedenkorte dar – überwiegend in wenigen Monaten des Jahres stattfinden.

Die meisten befragten VermittlerInnen selbst, aber auch die Gedenkstätten/Museen, bezeichnen die Anforderungen an die pädagogische Arbeit als hoch. Dabei werden die zur Durchführung notwendigen Kenntnisse selbst im Rahmen der umfangreicheren Guide-Ausbildungen (wie sie insbesondere vom Mauthausen Memorial und dem Mauthausen Komitee Österreich durchgeführt wurden) nur teilweise vermittelt. Die Studie zeigt eindringlich, dass die Erlangung notwendiger Kenntnisse weitgehend auf die Guides selbst ausgelagert wird, die sich großteils in ihrer Freizeit weiterbilden (müssen). Die psychische Belastung der VermittlerInnen, so ein weiteres Ergebnis der Studie, besteht nicht nur aufgrund der Arbeit an Gedenkorten und des Themas der Vermittlung selbst, sondern ergibt sich auch aus den Arbeitsbedingungen und dem Spannungsfeld zwischen hohen Anforderungen und den gegebenen Rahmenbedingungen. So verwundert es nicht, dass die mittlere Beschäftigungsdauer der befragten ehemaligen Guides zwei bis drei Jahre beträgt

(S. 89), sodass regelmäßig neue VermittlerInnen in das „Pool“-System aufgenommen werden müssen, was wiederum die Arbeitsmöglichkeiten für die VermittlerInnen im „Pool“ reduziert.

Nach der Darstellung der soziodemographischen Daten der Guides, ihrer Ausbildung sowie der Arbeitssituation als VermittlerIn wird abschließend ein „Positionspapier zur Weiterentwicklung der Holocaust Education in Österreich“ präsentiert, in welchem, basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen, Vorschläge für die verschiedenen AkteurInnen formuliert wurden: für staatliche AkteurInnen ebenso wie Gedenkstätten/Museen, LehrerInnen bzw. OrganisatorInnen von Gruppenbesuchen sowie für VermittlerInnen.

Mit der vorliegenden Studie werden erstmals die formulierten pädagogischen Zielsetzungen aller wesentlichen NS-Gedenkstätten/Museen in Österreich zu den bestehenden Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit in Relation gesetzt. Das Buch ist daher ein Muss für jede/n, die/der sich mit der Vermittlung der NS-Geschichte beschäftigt. Scharfsinnig werden Kapitel um Kapitel die Konsequenzen der neoliberalen Beschäftigungsformen auf die pädagogische Arbeit nachgezeichnet.

SARA LYDIA HUSAR

Herbert Traube: Eine ungewöhnliche Odyssee von Wien nach Paris und Menton. Erinnerungen. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2021, 226 S., 24,00 Euro

Herbert Traube beschreibt in seinen 2016 in französischer Sprache erschienenen Erinnerungen sein Leben als österreichischer Jude zwischen Flucht, Selbstbehauptung und Widerstand. Im Mittelpunkt der Autobiographie steht die Zeit von 1938 bis 1945, die er, 1924 zur Welt gekommen, als Jugendlicher und junger Erwachsener erlebte. Bemerkenswert an dem Buch ist, dass das Widerstandshandeln eines Jugendlichen dargestellt wird, ein Aspekt, der in der Erinnerungsliteratur altersbedingt selten vorkommt. Wichtig an dem Buch ist weiters, dass dem Bild der staatstragenden Erinnerungskultur, wonach Jüdinnen und Juden schicksalsergebene Opfer gewesen wären, auf eindringliche Weise widersprochen wird.

Traube wuchs in bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen in Wien auf. Der „Anschluss“ Österreichs zerstörte abrupt seine Lebenswelten und versetzte ihn und seine Familie in einen permanenten

lebensgefährlichen Ausnahmezustand. Herbert erlebte hautnah die antisemitischen Ausschreitungen im Jahr 1938. Sein Vater wurde im Zuge der Novemberpogrome nach Dachau verschleppt, er flüchtete in diesem Jahr mit seiner Schwester als 14-Jähriger nach Brüssel. Die Mutter blieb in Wien, wo sie sich erfolgreich für die Freilassung des Vaters einsetzte. Das Getrenntsein von Mutter und Vater wurde von nun an ein Kontinuum von Traubes Biographie.

In Brüssel kam die Familie ein letztes Mal vollzählig zusammen. Herbert Traube begann eine Lehre als Zahntechniker, und für wenige Monate kam noch einmal so etwas wie Normalität auf. Seine Schwester entschloss sich, nach Palästina auszuwandern. Im Zuge des Angriffs der Deutschen auf das neutrale Belgien wurde Traubes Vater verhaftet und als feindlicher Ausländer in das Lager Saint-Cyprien an der südwestfranzösischen Mittelmeerküste verschleppt. Herbert Traube und seine Mutter flüchteten ebenfalls in Richtung Pyrenäen. Nach dem Waffenstillstand konnte er eine Zeit lang halblegal in Südfrankreich leben, um dann als Displaced person zusammen mit seiner Mutter im Lager Gurs interniert zu werden. Sein Vater, der nach dem Waffenstillstand aus dem Lager entlassen wurde, versuchte, in Toulouse für die Familie eine Existenzmöglichkeit aufzubauen. Im März 1941 wurde Herbert zusammen mit seiner Mutter in das Lager Rivesaltes bei Perpignan verlegt. Sie starb in Folge der Strapazen und der ungenügenden Versorgung kurz nachdem Herberts Vater aus Toulouse zurückkehrte und in Perpignan untertauchte.

Traube entwickelte viel individuelles Geschick, sich in diesen disparaten Situationen zurechtzufinden. Nach Verhaftungen entzog er sich z.B. durch vorgegaukelte Krankheiten einer dauerhaften Internierung, indem er das Fieberthermometer so lange rieb, bis es 39 oder 40°C anzeigte. Da es in den Lagern häufig kein Spital gab, wurde er in das örtliche Krankenhaus eingewiesen, wo durch Intervention von außen ein Entkommen leichter möglich war. So gelang ihm gemeinsam mit seinem Vater die Flucht aus dem Lager Rivesaltes nach Marseille.

Mit Unterstützung einer Hilfsorganisation der Quäker konnte er 16 Monate in Marseille untertauchen. Er kam in Kontakt mit einer französischen Widerstandsgruppe und war als 17-Jähriger an diversen Verteilaktionen beteiligt. Auch hierbei hatte er Glück, als er beim Transport gaullistischer Flugblätter in eine Po-

liceikontrolle geriet und es ihm Dank seines jugendlich naiven Gehabes gelang, die Polizei von einer Durchsuchung absehen zu lassen. Auch machte Traube sich sein schlechtes Französisch zu Nutze, in dem er sich als Elsässer ausgab, wodurch er den Patriotismus der französischen Bevölkerung für seine Zwecke mobilisierte. Hätte er sich als österreichischer Flüchtling zu erkennen gegeben, wäre ihm die Unterstützung sicher nicht zu Teil geworden.

Sein Vater musste Marseille 1942 verlassen und wurde in ein faschistisches Vernichtungslager verschleppt und dort ermordet. Herbert Traube war ab diesem Zeitpunkt völlig auf sich allein gestellt. Er wurde im Zuge der beginnenden Deportationen der jüdischen Bevölkerung durch Vichy-Frankreich in Marseille verhaftet und kam in das berüchtigte Lager „Les Milles“ bei Aix-en-Provence. Von dort sollte er über Rivesaltes und das Pariser Durchgangslager Drancy nach Auschwitz deportiert werden. Im Viehwaggon, in dem es wieder zurück nach Rivesaltes ging, gab ihm ein Häftling den Tipp, durch das schmale Lüftungsfenster, durch das gerade ein Kopf passte, zu fliehen. Ein Mithäftling, der vor ihm absprang, schlug unglücklich mit dem Kopf auf eine betonierte Stelle am Gleiskörper auf und blieb schwerverletzt liegen. Traube, dadurch gewarnt, sprang nicht kopfüber aus dem Fenster, sondern zwängte sich mit den Füßen voran ins Freie. Versteckt in Güterwagen, im Bremserhäuschen und unter Zugkupplungen gelang ihm erneut die Rückkehr nach Marseille.

Wieder mit der Unterstützung der Quäker konnte er eine neue Identität annehmen. Aber auch mit einer neuen Identität hätte er sich nicht lange in Marseille halten können, zumal der Einmarsch der Deutschen in die freie Zone Ende 1942 unmittelbar bevorstand. Ihm blieb nur die Wahl zwischen der Résistance und der Fremdenlegion. Er entschied sich für die Legion, sah sich aber mit dem Problem konfrontiert, dass sie aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen keine Reichsdeutschen aufnehmen durfte. Auch in diesem Fall hatte Traube Glück. In einer langen Befragung gelang es ihm, der Kommission weiß zu machen, dass er Luxemburger sei. Er wurde angenommen und tauchte mit gefälschter Identität in der Legion unter. Als Fremdenlegionär nahm er an der Rückeroberung Tunesiens Anfang 1943 teil und kämpfte ab August 1944 in Südfrankreich, als die Alliierten mit der Operation

„Dragoon“ die Befreiung Frankreichs von Süden her starteten. Nach der Rheinüberquerung im März 1945 nahm er an der Befreiung Süddeutschlands teil und gelangte bis nach Österreich, was für ihn, den aus Österreich Vertriebenen, sicher eine Genugtuung bedeutete. Bis 1947 musste er noch Dienst tun und wurde nach Indochina versetzt, wo sich Frankreich nach dem Sieg über Japan sein verlustig gegangenes Kolonialreich zurückerobern wollte. Nach seinem Ausscheiden aus der Legion führte er ein bürgerliches Leben in Paris und später in Südfrankreich.

Traube stammt aus bürgerlichen Verhältnissen und wurde nicht in einem antifaschistischen oder linken Sinne sozialisiert. Sein Widerstandshandeln entsprang bürgerlich-liberalen und humanistischen Vorstellungen und keinem linken Politikverständnis. Die daraus resultierenden Widersprüche kann er aufgrund seiner bürgerlich-individuell Herangehensweise nicht auflösen. Am deutlichsten wird dies anhand seines Eintritts in die Fremdenlegion, der aus einer übergeordneten politischen Sicht als kritisch einzuschätzen ist, weil die Legion zu diesem Zeitpunkt Vichy-Frankreich verpflichtet und somit ein Instrument der Kollaboration mit der Nazi-Diktatur war. Aus seiner individuellen Sicht dagegen ist dieser Schritt valide, weil es für ihn die einzige Möglichkeit war, sich gesichert dem Zugriff der Nazis zu entziehen. Die Alternative, sich der Résistance anzuschließen, war ihm zu unsicher, da sie eine doppelte Gefährdung bedeutet hätte, nämlich als Mensch jüdischen Glaubens und als Widerstandskämpfer. Weil die Fremdenlegion nach Landung der Alliierten in Nordafrika die Kollaboration beendete, wurde der Widerspruch für Traube nicht virulent und er konnte seinem Wunsch entsprechend aktiv gegen die Nazi-Diktatur kämpfen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs änderte sich jedoch die Lage gravierend. Nun wurde die Legion zur Wiederherstellung der kolonialen Verhältnisse nach Vietnam beordert. Traube, der noch zwei Jahre in der Fremdenlegion vor sich hatte, wurde mit einem Mal Teil einer Unterdrückungsmaschinerie, die die antikoloniale Befreiung Indochinas verhindern sollte. Auch wurde die Fremdenlegion ab Mitte 1945 zum Auffangbecken deutscher Kriegsverbrecher. Traube sah sich mit der Situation konfrontiert, mit seinen ehemaligen Unterdrückern zusammenarbeiten zu müssen. Traube distanzierte sich innerlich immer

mehr von dem Krieg aufgrund einzelner Gewaltexzesse der französischen Streitkräfte, sah jedoch nicht die politischen Zusammenhänge von Kolonisation und antikolonialer Befreiung. Seine Reflexionen über diesen Widerspruch bleiben unvollständig, was unter anderem daran deutlich wird, dass er im Vietnam eine Bande von Wegelagerern und überspannten Intellektuellen meint ausmachen zu können. Auch bringt er kein Verständnis dafür auf, dass er bei seiner Rückkehr nach Frankreich von kommunistischen Hafendarbeitern in Marseille beschimpft wurde.

Bei aller Kritik ist aber festzuhalten, dass Herbert Traubes Autobiographie ehrlich, schlicht und echt ist, was gerade für den gelungensten Teil des Buches, die Beschreibung seiner Situation in Belgien und Frankreich in den Jahren von 1938 bis 1942, gilt. Es ist faszinierend zu lesen, mit welcher Nervenstärke und welch unbeugsamem Willen er sich seinen Häschern immer wieder zu entziehen weiß. Vergewaltigt man sich, dass Traube das Erwachsenenalter zum Zeitpunkt dieser Ereignisse noch nicht erreicht hatte, so wird seine besondere Fähigkeit zur Selbstbehauptung deutlich. Traube schlug seinen Verfolgern und Peinigern ständig ein Schnippchen und war stets einen Schritt oder einen Gedanken schneller als die ihn verfolgenden Mordbanden. Traubes Darstellung, wie er in dem chaotischen Untergangstrom immer rational und überlegen zu handeln versteht, vermittelt dem Leser authentisch einen besonderen Fall von Alltagsgeschehen im Widerstand. Es sind gerade diese singulären Geschichten wie jene von Traube, die anschaulich und konkret nachfühlbar macht, was das Nazi-System für verfolgte und im Widerstand lebende Menschen für belastende Folgen hatte, auch wenn sie schlussendlich den Alptraum überlebten.

Herbert Traube erzählt, wie er sich allen Gefahren erfolgreich zur Wehr setzt und immer integer bleibt, was seine Gegner bei all ihrer Macht immer zu Unterlegenen werden lässt. Seine Überlegenheit, sich einer tausendfachen Übermacht erfolgreich zur Wehr zu setzen, ist das allem Grauen und Horror trotzend zutiefst Humanistische und auch Humorvolle des Buches, weil auf diese Weise Traubes Gegner der Lächerlichkeit Preis gegeben werden. Seine Autobiographie liest sich deshalb wie ein moderner Simplicissimus Teutsch Grimmelshausener Machart, wo jemand mit individuellem Geschick durch den Nazi-Alptraum wan-

delt und, in die hinterste Ecke der Welt verschlagen, wie durch ein Wunder alle Herausforderungen meistert und schließlich noch zu seinem Glück findet.

STEFAN KRAUS

Christine Zwingl (Hg.): Margarete Schütte-Lihotzky. Spuren in Wien. Wien: Promedia-Verlag 2021, 199 S., 23 Euro

Wenige Wochen vor ihrem 125. Geburtstag ist der von Christine Zwingl herausgegebene Band über jene Spuren erschienen, die Margarete Schütte-Lihotzky in Wien hinterlassen hat. Nun gibt es zwar schon zahlreiche Publikationen von und über Schütte-Lihotzky, eine Biographie, ihre „Erinnerungen aus dem Widerstand“ oder das Buch „Wie ich Architektin wurde“, ein Werkverzeichnis und wissenschaftliche Sammelbände über ihr Leben und Wirken. Was das neue Buch auszeichnet, ist die akribische Darstellung der Orte und Werke in der Stadt, in der sie lernte, studierte und in der sie sich den Großteil ihres Lebens nach Krieg und Befreiung aufhielt.

Das Buch versammelt Beiträge der jüngst verstorbenen Ulli Jenni („Schütte-Lihotzkys Wohnungen in Wien“), von Bernadette Reinhold („Zur Schul- und Studienzeit einer künftigen Architektin“), von Christine Zwingl („Der große soziale Aufbruch“ und „Weiterleben in Wien 1947 bis 2000“), von Elisabeth Holzinger („Widerstand und Gefangenschaft“), von Bärbel Danneberg („Nicht nur Küche“) sowie Renate Allmayer-Beck und Chiara Desbordes („Reise in die Vergangenheit“ mit einem Interview des ehemaligen Direktors des MAK Peter Noever). Ein Gespräch mit der Familie Stransky führt in das familiäre Umfeld Schütte-Lihotzkys ein.

Wie bekannt, litt die kommunistische Architektin, die sich neben der berühmten gewordenen „Frankfurter Küche“ mit Wohnbauten im Roten Wien und Kindergärten in der Sowjetunion einen Namen gemacht hatte, unter dem Boykott der Gemeinde Wien in der Nachkriegszeit des Kalten Krieges, sodass in Wien nur wenige öffentliche Bauten von ihr zu finden sind, darunter zwei Wohnhausanlagen im zweiten und dritten Bezirk und zwei Kindergärten im 11. und 20. Bezirk und der Sozialtrakt des Globus-Hauses der KPÖ am Höchstädtplatz.

Alle Bauten Schütte-Lihotzkys in Wien stehen inzwischen unter Denkmalschutz. In einem Stadtplan sind alle Bezugspunkte, die an ihr Leben erinnern, eingezeichnet: Bauten, Wohnungen, Or-

Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Armin

Bernhard, Bärbel Danneberg, Michael

Graber, Heimo Halbrainer, Gisela Hor-

mayr, Sara Lydia Husar, Stefan Kraus

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

te ihres architektonischen und politischen Wirkens. Erfreulich ist, dass es darüber hinaus auch zahlreiche Erinnerungsorte gibt, die im Buch aufgelistet sind: Das MAK, wo sie in der Dauerausstellung vertreten ist und ihr Nachlass aufbewahrt wird und Orte, die Schütte-Lihotzkys Namen tragen, so die ehemalige Frauen-Werk-Stadt in Floridsdorf, ein Park in Margareten, ein Hörsaal in der TU Wien, ein Weg beim Kindergarten in Simmering; und nicht zu vergessen: das Ehrengrab am Zentralfriedhof.

Der Schütte-Lihotzky-Raum, der seit 2014 in der Frauenhetz im 3. Bezirk bestand, wurde zugunsten der langjährigen Wohnung in der Franzensgasse in Margareten aufgegeben, die ebenfalls unter Denkmalschutz steht und öffentlich zugänglich gemacht wurde. Eine Zeittafel über das Leben, eine Liste der Ehrungen Schütte-Lihotzkys, eine Auswahlbibliographie und zahlreiche Fotos ergänzen das informative Buch.

MICHAEL GRABER